

Das Ministerium für Staatssicherheit

- Region Magdeburg -

Anregungen für den Schulunterricht



Impressum:

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR – Region Magdeburg –
Anregungen für den Schulunterricht

Herausgeber:
Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt
Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt

in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.

Bearbeiter:
Edda Ahrberg, Burkhard Baum, Walburga Edel, Ute Gramm, Erich Hintze, Brigitta Krause, Gert Möhring,
Jörg Stoye

Fotonachweis:	Seite
Edda Ahrberg	6, 17, 44, 51, 94
„Der Aufstand im Juni – Ein dokumentarischer Bericht“, Grunewaldverlag, Berlin 1954	30 unten
BStU, Ast. Magdeburg	25, 30 oben, 93
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	5, 7, 9, 10, 15, 16, 18, 20 (2x), 22, 24 (2x), 96
LStU Sachsen-Anhalt	41 (2x)
Ute Schramm	23, 74
Dieter Weckel	12, 37

Magdeburg, Dezember 2002

Layout:
Tom Bölcke (Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.)

Druck:
JVA Naumburg – Arbeitsverwaltung –

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR
-Region Magdeburg-
Anregungen für den Schulunterricht

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in
Sachsen-Anhalt und Landeszentrale für politische Bildung des Landes
Sachsen-Anhalt

in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Magdeburg der
Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.

Magdeburg, Dezember 2002

INHALT

Vorwort	3
Abkürzungen	4
Information	5
Die Entwicklung des MfS in der Region Magdeburg	5
Die 50er Jahre	9
Die 60er Jahre	16
Die 70er Jahre und 80er Jahre	18
Struktur der Bezirksverwaltung Magdeburg	26
Unterrichtssequenzen	
Unterrichtssequenz 1: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953	27
Unterrichtssequenz 2: Ausbau des MfS nach dem Volksaufstand	42
Unterrichtssequenz 3: Die Rolle der Staatssicherheit nach dem Mauerbau am 13.8.1961 im gesellschaftlichen System der DDR	49
Unterrichtssequenz 4: Das Vorgehen der Staatssicherheit nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki	61
Unterrichtssequenz 5: Fluchtwelle, Machtverfall der SED und Auflösung des MfS	79
Projektbausteine	93
Baustein 1: Besuch in der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes	93
Baustein 2: Besuch im Gedenkkomplex Magdeburg Moritzplatz der ehemaligen Untersuchungsanstalt des MfS	94
Baustein 3: Projektarbeit im Dokumentationszentrum am Moritzplatz	94
Baustein 4: Projektarbeit in der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz	96
Baustein 5: Projektarbeit in der Außenstelle Magdeburg der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes	96
Anhang (als Einlegeblatt)	
Weiterführende Veröffentlichungen	A 1
Anschriften von Kontaktpartnern, Zeitzeugen und Einrichtungen	A 2
Wanderausstellungen	A 3
Arbeitsblatt	

VORWORT

Neben der Beratung vom SED-Unrecht betroffener Menschen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landesbeauftragten die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit in Sachsen-Anhalt über Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Hierzu wurden seit 1995 zahlreiche Informationen zu den verschiedensten Themen von regionalem Interesse in den Reihen „Betroffene erinnern sich“ und „Sachbeiträge“ herausgegeben. Diese Materialien werden weit über das Land Sachsen-Anhalt hinaus auch von Lehrern, Schülern und Multiplikatoren in der politischen Bildung genutzt.

Die Arbeit des MfS hatte so einschneidende Folgen für die Menschen in der DDR, dass sie zum Teil bis in die Gegenwart nachwirken. Deshalb sollte dieser Teil des Machtapparates der SED in der Wissensvermittlung an den Schulen und in der politischen Bildung unbedingt berücksichtigt werden, indem verdeutlicht wird, auf welche Art und Weise das MfS in den Alltag der Menschen eingegriffen hat und welche Mittel ihm dazu zur Verfügung standen. Die vorliegende Broschüre möchte ermutigen, sich mit diesem Bereich der Geschichte zu befassen und ihn in den Unterricht einzubeziehen. Sie versteht sich als eine erste Anregung und entstand auf Wunsch zahlreicher Lehrer, die an Fortbildungsveranstaltungen zur Geschichte der DDR teilgenommen haben.

Neben einer Information über die Entwicklung der Bezirksverwaltung des MfS sind Dokumente, Fotos und Zeitzeugenberichte, aber auch Unterrichtssequenzen, Vorschläge für Projektstage/-wochen sowie Informationen zum Besuch der Außenstelle Magdeburg der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und des Gedenkkomplexes in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt Magdeburg am Moritzplatz enthalten. Es konnte nur eine kleine Auswahl getroffen werden. In jeder der vorgestellten Einrichtungen kann jedoch eine Fülle weiterer Materialien zur Verfügung gestellt werden. Eine Anbindung an die Rahmenrichtlinien wurde bewusst nicht vorgenommen. Die Bausteine können fächer- und altersgruppenübergreifend eingesetzt werden. Denkbar sind die Fachrichtungen Geschichte, Deutsch, Sozialkunde. Aber auch die Bereiche Ethik, Religion, Kunst oder Musik bieten sich an.

In Vorbereitung der Broschüre wurden 100 Jugendliche aus Magdeburg und der Umgebung von Altersgenossen zu folgenden Themen befragt:

1. Welche Erinnerungen gibt es zur DDR/MfS?
2. Welche Fragen interessieren die Jugendlichen im Hinblick auf die DDR-Geschichte?
3. Auf welche Art und Weise wollen sie sich informieren?
4. Wie sollte der Unterricht zum Komplex DDR/MfS aussehen?

Das Durchschnittsalter der Befragten lag bei 17 bis 19 Jahren. Zusammenfassend ließ sich nach der Auswertung der Fragebögen feststellen:

- Das Interesse an der DDR-Geschichte unter Einbeziehung der MfS-Thematik ist sehr groß.
- Eigene Erinnerungen werden mit sinkendem Alter weniger.
- Die Jugendlichen sind sehr an Gesprächen mit Zeitzeugen und dem Besuch authentischer Orte (Dokumentationszentren, Gedenkstätten) interessiert.
- Sie wünschen sich einen ehrlichen, sachkundigen und objektiven Unterricht unter Einbeziehung audio-visueller Medien.

Die Ergebnisse dieser Umfrage wurden im 8. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten 2002 detailliert veröffentlicht. Sie wurden bei der Zusammenstellung dieses Arbeitsmaterials berücksichtigt.

Die Herausgeber und Bearbeiter wünschen sich einen kreativen Umgang mit den hier vorgestellten Materialien.

Edda Ahrberg, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

Bernd Lüdke-meier, Landeszentrale für politische Bildung

ABKÜRZUNGEN

Abt.Ltr.	Abteilungsleiter	NVA	Nationale Volksarmee
AIM	archivierter IM-Vorgang bzw. - Vorlauf	OdF	Opfer des Faschismus
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe	ODH	Offizier des Hauses
AOP	archivierter Operativer Vorgang	Ofw.	Oberfeldwebel
APO	Abteilungsparteiorganisation (SED)	OibE	Offizier im besonderen Einsatz
ARV	Arbeitsrechtsverhältnis	OP	Operativ...
AU	archivierter Untersuchungsvorgang	OPK	Operative Personenkontrolle
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei	OSL	Oberstleutnant
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung	OSV	Ordnungsstrafverfahren
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe	OV	Operativer Vorgang
BL	Bezirksleitung	OWVO	Ordnungswidrigkeitenverordnung
BPO	Betriebsparteiorganisation	PGH	Produktionsgenossenschaft Handwerk
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen d. Staatssicherheitsdienstes d. eh. DDR	PKZ	Personenkennzahl
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)	PM	Pass- und Meldewesen
BS	Betriebsschutz	POS	Polytechnische Oberschule
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	POZW	politisch-operatives Zusammenwirken
DDR	Deutsche Demokratische Republik	RAW	Reichsbahnausbesserungswerk
Deli-Ex	„Delikat“-„Exquisit“-Geschäft	RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
EOS	Erweiterte Oberschule	RPG	(russ. Abk.) Panzerbüchse
EÜ	Ersucher auf Übersiedlung	RV	Rückverbindung
EV	Ermittlungsverfahren	SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund	SBZ	Sowjetisch Besetzte Zone
FDJ	Freie Deutsche Jugend	SDI	Strategic Defense Initiative
f.d.R.d.A.	für die Richtigkeit der Abschrift	SDP	Sozialdemokratische Partei
FIM	Führungs-IM	SED	Sozialistische Einheitspartei Deutsch- lands
FS	Freiheitsstrafe, Fernschreiben	SKET	Schwermaschinenkombinat „Ernst Thälmann“
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit	SMG	Schweres Maschinengewehr
HA	Hauptabteilung	SS-20	Surface-Surface 20 (NATO-Code für sowj. ballistische Mittelstreckenrakete)
Ifo	Information	StGB	Strafgesetzbuch
IM,IMS	Inoffizieller Mitarbeiter (für Sicherung)	StVA	Strafvollzugsanstalt
IMK/KW	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration/Konspirative Wohnung	StVE	Strafvollzugseinrichtung
JW	Jugendweihe	Tgb.Nr.	Tagebuch-Nummer
K	Kriminalpolizei	TKA	Technisches Konstruktionsbüro Apparate
K5	Arbeitsbereich 5 der Kriminalpolizei	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetre- publiken
KD, KdFS	Kreisdienststelle (des MfS)	UHA	Untersuchungshaftanstalt
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopas- nosti (russ.) Komitee für Staats- sicherheit, Bezeichnung seit 1954	VBK	Verband Bildender Künstler
KP	Kontaktperson	VdN	Verfolgte des Nationalsozialismus
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	VEB	Volkseigener Betrieb
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion	VK	Verkehrskontrolle
KPKK	Kreisparteikontrollkommission (SED)	VO	Verordnung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	VP	Volkspolizei
KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung	VPKA	Volkspolizeikreisamt
LDPD	Liberal-demokratische Partei Deutsch- lands	VPR	Volkspolizeirevier
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsge- nossenschaft	VR	Volksrepublik
LHA	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt	VVS	Vertrauliche Verschlusssache
LMG	Leichtes Maschinengewehr	WB	Westberlin
MfS	Ministerium für Staatssicherheit	WE	Wohneinheit
NKWD	Narodny kommissariat wnutrennich del (russ.) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; Bezeichnung für den Geheimdienst der UdSSR 1934–1946	ZA	Zentralarchiv, Zusammenarbeit
		ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
		ZK	Zentralkomitee
		ZMA	Zentrale Materialablage
		ZOS	Zentraler Operativstab

Die Entwicklung des MfS in der Region Magdeburg

Die Magdeburger Staatssicherheit
oder ein
Sudenburger in Sudenburg

Vorgeschichte und Gründung

Am 12. Juni 1952 wurde aus dem 21-jährigen Magdeburger Wilfried Müller der Hauptwachmeister des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), Genosse Wilfried Müller.

Der am 8. Mai 1931 geborene Sohn eines Schuhmachers war im Stadtteil Sudenburg aufgewachsen und hatte dort 8 Jahre lang die Volksschule besucht. Seit 1948 war er im Ernst-Thälmann-Werk Magdeburg, den früheren Krupp-Gruson-Werken, als Elektriker beschäftigt gewesen. Mit dem Arbeitsplatzwechsel zur gerade neu entstandenen Bezirksverwaltung des MfS in Magdeburg begann für ihn ein neuer Lebensabschnitt im Dienste der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Einen Monat später, im Juli 1952, trat er entsprechend den beim MfS herrschenden Gepflogenheiten auch aus der Kirche aus.

Genosse, also Mitglied der SED, war er bereits seit 1949. Im gleichen Jahr, vier Jahre nach dem Krieg, den Deutschlands Nationalsozialisten ausgelöst und verloren hatten, war der Staat, für dessen Sicherheit Wilfried Müller nun eintreten wollte, gegründet worden: die Deutsche Demokratische Republik, die DDR.

Vieles war in dieser Zeit und auch in späteren Jahren knapp in der DDR: Lebensmittel zum Beispiel, auch Wohnungen. Mit Lebensmitteln konnte die junge Republik auch 1952 noch nicht im Übermaß aufwarten. Erst 1958 wurden die Lebensmittelkarten abgeschafft. Auch Wohnungen konnte der Staat nicht auf Wunsch bereitstellen, bekanntlich bis zu seinem Ende nicht.

Aber gut bezahlte Arbeitsplätze, zumindest im Machtapparat, die konnte er von Anfang an bieten.

Denn für die SED, die den Staat anführte und somit auch festlegte, zu welchen Zwecken und in welchem Umfang Verwaltung und sonstige Staatsorgane eingesetzt wurden, war Anfang der 50er Jahre vor allem eines knapp: im Sinne der Partei agierendes Personal, in der Sprache der Partei Kader genannt.

Die neuen Verwaltungsorgane mussten rasch auf- und ausgebaut werden, für den eigenen Apparat der SED galt Gleiches.



Wappen des MfS
Intarsienarbeit von Häftlingen

Im Juli 1952 wurden in der DDR die bis dahin noch existierenden Länder aufgelöst und in Bezirke aufgeteilt. Aus dem früheren Land Sachsen-Anhalt entstanden die Bezirke Halle und Magdeburg. Der Bezirk Magdeburg wiederum gliederte sich fortan in 22 Kreise, einschließlich der Bezirkshauptstadt. Und überall galt es, neue Verwaltungsstrukturen zu schaffen: Räte der Kreise, den Rat des Bezirkes, parallel dazu Kreisleitungen der SED, eine SED-Bezirksleitung. Gesucht wurden aber auch DDR-weit Kader für die Bereiche Justiz und Bildung, für die Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), für die als Vorläufer der Nationalen Volksarmee aufzubauende Kasernierte Volkspolizei, für die kurzzeitig existierende Organisation Dienst für Deutschland usw. – und nicht zu vergessen, für den Geheimdienst, offiziell Ministerium für Staatssicherheit genannt.

INFORMATION

Ein Geheimdienst ist aufgrund seiner für die Öffentlichkeit im Verborgenen liegenden Strukturen und auch aufgrund seiner Arbeitsmethoden immer etwas Besonderes. Aber das MfS zeichnete sich darüber hinaus auch nach außen hin von Anfang an durch einige Besonderheiten aus.

Im Unterschied zu allen anderen staatlichen Stellen oder zu den Massenorganisationen der DDR nahm der Staatssicherheitsdienst nur Leute in seine Reihen auf, die er sich vorher selbst ausgesucht hatte und die in der Regel auch zuvor gründlich von ihm auf politische Zuverlässigkeit und auf Kontakte in den Westen Deutschlands überprüft worden waren. Um weitere Gefährdungsmöglichkeiten auszuschließen, wurden auch über alle Verwandten des Einstellungskaders Daten gesammelt, mit dem Ziel, Erkenntnisse über möglicherweise politisch oder anderweitig labile Familienangehörige zu erhalten. So war es auch im Fall Wilfried Müller geschehen. Sich selbst um eine Stelle Bewerbende, sogenannte Selbstanbieter, wurden, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, nicht eingestellt. Immerhin hätten diese ja von einem gegnerischen Geheimdienst kommen können, um das MfS zu unterwandern. Durch die strengen Auswahlkriterien und das Bewusstsein, ausgewählt und somit auch ausgewählt worden zu sein, entstand mit der Zeit eine Art Elitedenken unter den Geheimdienstmitarbeitern.



Wilfried
Müller,
1992

Von den übrigen Teilen des Regierungsapparats der DDR unterschied sich das MfS auch durch den Zeitpunkt seiner offiziellen Errichtung. Die anderen Ministerien waren bereits im Herbst 1949 im Zuge der DDR-Gründung geschaffen worden. Dass sich der sogenannte erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat auch ein Staatssicherheitsministerium zulegte, wurde der Öffentlichkeit erst am 8. Februar 1950 bekannt gegeben.

Letztendlich genoss das MfS auch das Privileg, dass nicht einmal formal, geschweige denn in der Realität, eine Kontrolle dieses Ministeriums durch das Parlament, also die damalige Provisorische Volkskammer, oder durch die Regierung, also den Ministerrat der DDR, vorgesehen war.

Allein der SED gegenüber, genauer gesagt, der unmittelbaren Führung der SED gegenüber, war das MfS in der Folgezeit rechenschafts- und auskunftspflichtig.

Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen hatte die Volkskammer am 8. Februar 1950 einstimmig beschlossen. Die Initiative zu dieser Gesetzesvorlage war vom obersten Gremium der SED ausgegangen, vom Politbüro. Dieses hatte bereits am 24. Januar 1950 einen entsprechenden Beschluss gefasst, der dann 2 Tage später von der Regierung der DDR als Empfehlung an die Volkskammer weitergereicht worden war. Der übliche Weg.

Neben der SED konnte sich aber auch eine weitere Institution stets der Informationslieferung durch den neuen ostdeutschen Sicherheitsapparat gewiss sein: der sowjetische Geheimdienst.

Nur mit dessen Unterstützung hatte das MfS entstehen und aufgebaut werden können. Die Grundlagen dafür reichten weit in die Zeit vor dem 8. Februar 1950 zurück.

Bereits unmittelbar nach Kriegsende hatte der sowjetische Geheimdienst in sogenannten Operativgruppen in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) mit ausgewählten Deutschen zusammengearbeitet, um gesuchte Kriegsverbrecher, Funktionäre aus der Zeit des Nationalsozialismus aber auch andere Gegner der Besatzungsmacht aufzuspüren.

Im Jahre 1947 war dann ohne Absprache mit irgendeiner Landesbehörde durch sowjetische Geheimdienstleute zusammen mit einigen wenigen deutschen Kommunisten in Bad Liebenwerda eine „Sonderdienststelle“ für das Land Sachsen-Anhalt eingerichtet worden, um gegen politisch missliebige Personen vorzugehen.

Dies geschah, obwohl in der gesamten SBZ bereits eine Polizeibehörde unter der Bezeichnung K5 mit einer ähnlichen Aufgabenstellung als Teil der seit 1946 bestehenden Deutschen Verwaltung des Innern agierte.

Die K5 befasste sich als Teil der Kriminalpolizei mit nachgewiesenen oder vermutlichen Verbrechen aus der Zeit von 1933 bis 1945, aber auch mit Personen, die der politischen Ordnung in der SBZ kritisch oder ablehnend gegenüberstanden.

Da bei der Einstellung in die Polizei, ähnlich wie anfangs auch beim MfS, politische Zuverlässigkeit höher geschätzt wurde als fachliche, kriminalpolizeiliche Fähigkeiten, gab es viele ermittlungstechnische Pannen, kam es immer wieder zur Verhaftung Unschuldiger aufgrund unbegründeter Denunziationen oder zu Konflikten mit Dienststellen der westlichen Alliierten.

Die dann parallel zur K5 agierende „Sonderdienststelle“ in Sachsen-Anhalt arbeitete, wie die K5 und das spätere MfS auch, mit geheimen Informanten zusammen, nahm in eigener Regie Verhaftungen vor und führte Vernehmungen durch.

Da die Tatsache dieser quasi im rechtsfreien Raum agierenden Dienststelle in der Folgezeit trotz aller Versuche der Geheimhaltung öffentlich bekannt geworden war, stellte diese im Herbst 1948 ihre Tätigkeit ein.

Die Mitarbeiter wurden von der Volkspolizei übernommen, die gesammelten Informationen an die K5 übergeben.

Einige der deutschen Kommunisten, die in der „Sonderdienststelle“ ihre Erfahrungen in geheimdienstlicher Arbeit gesammelt hatten, waren dann ab Frühjahr 1949 in Sachsen-Anhalt unter Anleitung von sowjetischen Instruktoren, von denen über 100 speziell zu diesem Zweck in die gesamte SBZ gesandt worden waren, an den Vorbereitungen für den Aufbau eines neuen Geheimdienstapparates für Ostdeutschland beteiligt – lange vor Gründung der DDR und auch lange vor der offiziellen Gründung des MfS.



*Wappen des sowjetischen
Geheimdienstes KGB*

Der schließlich im Februar 1950 eingesetzte erste Leiter der MfS-Landesbehörde Sachsen-Anhalt, Martin Weikert, ein gelernter Zimmermann, der aus Ostböhmen stammte und dort 1935 der Kommunistischen Partei beigetreten war, zählte zu diesen Aufbauhelfern des späteren DDR-Staatssicherheitsdienstes. Bereits im Frühsommer 1949 erhielt er von der SED den Auftrag, Personalunterlagen der Partei konspirativ zu sichten und vertrauenswürdige Kader zum Aufbau eines geplanten Geheimdienstes auszuwählen. An die Unterlagen kam er problemlos und unauffällig heran, war er doch zu dieser Zeit noch Personalleiter der Landesbehörde der Volkspolizei in Sachsen-Anhalt.

Auch Franz Schkopik, der dann 1952 der erste Leiter der Bezirksverwaltung Magdeburg wurde, und ebenso Herbert Kießling, der später als SED-Parteisekretär in der Magdeburger MfS-Bezirksverwaltung fungierte, gehörten 1949 der Sichtungskommission in Sachsen-Anhalt an.

Bei solchen Mitarbeitern der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg, die seit 1949/50 beim Staatssicherheitsdienst tätig waren, finden sich heute vereinzelt in den Personalakten noch die A5-großen, vergilbten, maschinengeschriebenen Blätter, die Auskunft geben über die seit Frühsommer 1949 laufenden Auswahlverfahren zum Aufbau eines künftigen Geheimdienstes der DDR. Den Dokumenten ist die Eile bei der Erarbeitung, begründet aus dem Umfang der Aktion und dem geringen zeitlichen Spielraum, deutlich anzumerken.

In der gesamten SBZ wurden über 6.500 Kandidaten überprüft, in der Regel erhielten die Überprüften selbst keinerlei Kenntnis davon. Nur etwas mehr als 10 % wurden schließlich für würdig befunden und um ihre Mitarbeit im neuen Geheimdienst gebeten bzw. der Einfachheit halber gleich mit einem entsprechenden sogenannten Parteiauftrag versehen. Eingestellt wurden letztendlich in der Mehrheit alte bewährte kommunistische Kader und jüngere, in der Kriegsgefangenschaft bzw. in der Nachkriegszeit politisch geschulte SED- und FDJ-Mitglieder.

INFORMATION

<u>A u s z u g</u>	
aus dem VVS-Schreiben v. 12.11.1955, Tgb.Nr. 692/55 an die Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS Berlin	BSU 000081
<u>Betr.:</u> Festsetzung des Dienstalters für die Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit	
Westermann, Jakob - geb. am 26.6.1897 in Trier. Dienstgrad: Hauptmann Dienststellung: Abt.Ltr. Allgemeines BV Magdeburg Eintritt in die VP: 1.10.1947 Eintritt im MfS: 1.11.1949 Mitglied der KPD seit 1930, 1945 KPD/SED 1945 als OdF-Kämpfer anerkannt vom Präsidenten des Landes Sachsen - Anhalt Jetziger VdN-Ausweis Nr. M 598, ausgestellt am 28.11.1952 vom Rat des Bezirkes Magdeburg.	
Handschriftliche Aufzeichnungen sowie eidesstattliche Erklärung und Abschriften über den Nachweis seiner antifaschistischen Tätigkeit sind beigelegt.	
Die Bezirksverwaltung Magdeburg schlägt vor, 12 Jahre auf das Dienstalter in Anrechnung zu bringen.	
F.d.R.d.A. (Hänemann) Ofw.	

BSU, Ast. Magdeburg, KS II 472/60, Bl. 81

In Sachsen-Anhalt zählte beispielsweise Jacob Westermann zu den erwähnten älteren, erfahrenen Genossen. 1897 in Trier geboren, hatte er später als Schlosser gearbeitet. Schon seit 1930 der Kommunistischen Partei angehörend, war er 1936 von den Nationalsozialisten wegen sogenannten Hochverrats zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden. Bereits ab Ende 1949 fungierte er dann in Haldensleben als Leiter der dortigen Kreisdienststelle der MfS-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt, wobei die Dienststelle bis zum Februar 1950 nach außen hin wahrscheinlich als polizeiliche Einrichtung innerhalb der kurzzeitig existierenden Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft deklariert worden war.

Der jüngeren Generation gehörte damals der 1929 in Ockrilla geborene Siegfried Gottschald an. Dieser war nach einer kurzen beruflichen Tätigkeit als Werkzeugmacher im Jahre 1948 hauptamtlicher Funktionär der FDJ in Meißen geworden und dann zur Volkspolizei gegangen. 1950 wurde er in die MfS-Landesverwaltung Sachsen eingestellt. Erst später, im Jahre 1960, kam er zum MfS in Magdeburg und leitete dort bis 1989 die für die Auslandsaufklärung zuständige Abteilung XV.

Die MfS-Landesverwaltung Sachsen-Anhalt war dann ab 1950 von der damaligen Landeshauptstadt Halle aus geleitet worden. Die Zentrale befand sich im Zentrum der Saalestadt, im Robert-Franz-Ring 14-16.

Neben den Kreisdienststellen wurden 1950 in der Landesverwaltung auch mehrere Abteilungen eingerichtet, die jeweils für eine spezielle Aufgabe verantwortlich waren. Dies waren zum Gründungszeitpunkt eine Abteilung für die Absicherung der Volkswirtschaft, eine Abteilung zur Überwachung und Bekämpfung des sogenannten politischen Untergrunds, eine Abteilung, welche die Polizeikräfte überwachen und gleichzeitig auch mit diesen zusammenarbeiten sollte, eine Abteilung zur Beobachtung und Verhaftung von Personen und schließlich noch Abteilungen, die Personen verhören und in Untersuchungshaft nehmen konnten.

INFORMATION

Die Aufgabengebiete dieser Abteilungen veranschaulichen die Schwerpunkte, die anfangs seitens der SED für den Staatssicherheitsdienst in der Region gesetzt wurden. In der Folgezeit kamen weitere Abteilungen hinzu, so zur Aufklärung der Tätigkeit westlicher Geheimdienste in der DDR, zur Herstellung geheimdienstlicher Dokumente usw.

Als Wilfried Müller 1952 in das MfS eingestellt wurde, befand sich der Geheimdienstapparat gerade im Umbau.

Ziel war es, sich den neuen Bezirksstrukturen in der DDR anzupassen. In den neuen Bezirksstädten wurden die jeweiligen MfS-Zentralen für den Bezirk eingerichtet. Diese hießen fortan Bezirksverwaltung, die Abkürzung lautete BV. Alle neuen Kreisstädte erhielten nach und nach eine sogenannte Kreisdienststelle des MfS, kurz KD genannt. Diese auf das Territorium bezogene Struktur wurde im Grunde genommen bis zum Ende der DDR beibehalten. Da es im Verlauf der Jahre einige Gebietsreformen in der DDR gab, war die Anzahl der Kreisdienststellen im Bezirk Magdeburg 1989 etwas geringer als 1952. Die ursprünglich auch in Kalbe/Milde, Loburg, Seehausen und Tangerhütte existierenden Kreisdienststellen gingen zwischenzeitlich in jeweils anderen Kreisdienststellen auf.

Die neue Bezirksverwaltung nahm 1952 in Magdeburg ihren Sitz am Schleinufer, in der Walter-Rathenau-Straße 88–89 ein. In deren Räumlichkeiten hatte zuvor in den Jahren von 1950 bis 1952 schon die Magdeburger MfS-Dienststelle der nun aufgelösten Landesverwaltung Sachsen-Anhalt residiert.



Walter-Rathenau-Straße 88–89

Die 50er Jahre

August 1952 – Dezember 1953	Franz Schkopik	(geb. 1900 gest. 1980)
Dezember 1953 – Januar 1962	Reinhold Knoppe	(geb. 1908 gest. 1983)
Januar 1962 – Mai 1972	Heinz Eggebrecht	(geb. 1916 gest. 1994)
Juni 1972 – März 1977	Heinz Kühne	(geb. 1921 gest. ?)
März 1977 – Dezember 1989	Wilfried Müller	(geb. 1931 gest. 1994)

Die Leiter der Bezirksverwaltung Magdeburg

Die Leiter der Bezirksverwaltung Magdeburg

Alle wichtigen geheimen MfS-Aktionen unterlagen in den ersten Jahren nach 1950 einer strengen Kontrolle und Anleitung durch sowjetische Instrukteure.

In den Personal- bzw. Kaderakten der damaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS im Bezirk Magdeburg finden sich aus dieser Zeit auch Hinweise, dass mit den sogenannten „Freunden“ ebenso alle entscheidenden Fragen der Einstellung von neuen Mitarbeitern, deren Versetzung, Weiterbildung oder Beförderung abgestimmt werden mussten.

So konnte noch 1953 der spätere Leiter der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg, Walter Meyer, nur nach ausdrücklicher Zustimmung der sowjetischen Seite seinen Dienst bei der Staatssicherheit fortsetzen. Anfang 1953 war nämlich eine Verwandte Meyers in die Bundesrepublik geflohen und hätte somit bei strengerer Auslegung der Kaderrichtlinien beinahe das Ende seiner Karriere herbeigeführt.

Die enge Verbindung der ungleichen „Freunde“ lockerte sich Ende der 50er Jahre etwas, die Deutschen erhielten mehr Entscheidungsspielraum.

In der Folgezeit wurde ein ständiger Kontakt durch einen sogenannten Verbindungsoffizier gehalten, über den Personendaten ausgetauscht und wichtige Informationen weitergeleitet wurden. Auch die Wochen- oder Monatsberichte über die politische und wirtschaftliche Lage

INFORMATION

im Bezirk, die vom Leiter des MfS in Magdeburg an den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED und an die MfS-Zentrale in Berlin gesandt werden mussten, gingen bis 1989 als Schreibmaschinendurchschlag ordnungsgemäß an die „Freunde“. Diese waren daher über die Lage im Bezirk stets gut informiert, zumal der sowjetische Geheimdienst zusätzlich über ein eigenes Netz von geheimen Informanten unter der DDR-Bevölkerung verfügte. Angaben dazu wiederum wurden gegenüber dem MfS aber nur in Ausnahmefällen gemacht und finden sich daher in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes äußerst selten.



Neben dem bereits erwähnten Franz Schkopik, der die Bezirksverwaltung Magdeburg bis 1953 anleitete, wurden mit einer Ausnahme auch alle seine Nachfolger in diesem Amt bereits 1950 in das MfS eingestellt:

Reinhold Knoppe, Jahrgang 1908, gelernter Glaser, seit 1929 in der KPD, nach 1950 im MfS für die Volkswirtschaft der DDR verantwortlich, kam 1953 als Leiter zur Bezirksverwaltung und verblieb in dieser Position bis 1962.

Ihm folgte Heinz Eggebrecht. Jahrgang 1916, von 1938 bis 1945 Wehrmachtssoldat, 1945 der KPD beigetreten, leitete er die Bezirksverwaltung schließlich von 1962 bis 1971.

In den Jahren bis 1977 war dann Heinz Kühne der erste Mann der Staatssicherheit in Magdeburg. 1921 in Bernburg geboren, seit 1948 in der SED, hatte er 1971 an der Schule des MfS in Potsdam-Eiche seinen Doktor für Rechtswissenschaft gemacht.

Der Name des letzten, ab 1977 im Amt des Leiters der BV tätigen MfS-Mitarbeiters lautete Wilfried Müller, eben jener Wilfried Müller, der als junger Elektriker 1952 für das MfS gewonnen worden war.

Über das Wirken des MfS im Bezirk Magdeburg unter der Leitung der oben genannten Herren gibt es noch keine umfassenden Erkenntnisse, die für längere Zeiträume oder gar für die Gesamtzeit Aufschluss geben könnten über alle im Bezirk bearbeiteten Schwerpunkte, alle dabei gewonnenen Informationen, die vielfältigen Formen der Informationssammlung und über alle Methoden und Ziele der Informationsverwertung. Letztlich ist das für den Bezirk vom MfS hinterlassene Material, aus dem man einen 10 km hohen Papierstapel errichten könnte, noch nicht annähernd durchgesehen. Dazu kommt, dass wichtige aussagefähige Dokumente in großer Zahl durch die Mitarbeiter des MfS Ende 1989 vernichtet wurden und somit unwiederbringlich verloren sind.

Die Überwachung der Bevölkerung

Aus den bisher vorliegenden Erkenntnissen lässt sich ableiten, dass 1952, als der junge Wilfried Müller als Ermittler von Personendaten in die dafür zuständige Abteilung VIII der Bezirksverwaltung Magdeburg eingestellt wurde, die Kontrolle der im Bezirk stark vertretenen Bereiche der Schwerindustrie und die Überwachung von Personen, die sich der neuen Ordnung gegenüber ablehnend oder auch nur kritisch verhielten, im Vordergrund stand.

Unter der Sicherung der Volkswirtschaft wurde vor allem die Suche nach aus dem Westen angeleiteten Saboteuren verstanden. Aus Sicht der SED waren diese für die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ungenügende Produktivität und die immer wieder auftretenden Havarien und Materialmängel hauptverantwortlich. Nicht in Frage gestellt wurde die eigene Wirtschaftspolitik, die Folgen der Reparationszahlungen an die Sowjetunion und das Ergebnis der Verstaatlichung der Großindustrie, als deren Resultat u. a. ursprüngliche gesamtdeutsche Wirtschaftsstrukturen gekappt wurden und somit Engpässe an Rohstoffen und Materialien auftraten. Im Verlauf und im Ergebnis der Untersuchungen des Staatssicherheitsdienstes bei betrieblichen Havarien kam es bei Ingenieuren und anderen Fachleuten immer wieder zur Flucht aus der DDR, da mit langjährigen Haftstrafen selbst bei kleinen Vergehen zu rechnen war.

Beim Kampf gegen politische Gegner ging es der SED vor allem um die Sicherung ihres Kurses in Richtung des Aufbaus des Sozialismus. Eine entsprechende Zielsetzung hatte Walter Ulbricht in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED im Mai 1952 verkündet. Dem MfS fiel dabei u. a. die Aufgabe zu, Verbindungen über die damals noch offenen Grenzen in die Bundesrepublik und nach Westberlin zu ermitteln und zu unterbinden, da die SED eine gezielte, vom Westen gesteuerte Unterwanderung der aufzubauenden Verwaltung und der Massenorganisationen durch politisch nicht zuverlässige Personen befürchtete.

Auch Wilfried Müller wurde Ende 1952 mit einem diesbezüglichen Auftrag innerhalb der damals dafür verantwortlichen Abteilung VI der Bezirksverwaltung betraut. Als Personenkreis, den er zu kontrollieren hatte, wurden ihm die Angestellten des Gesundheitswesens, des Deutschen Roten Kreuzes und der Sozialversicherungskassen zugeteilt.

Frühere SPD-Mitglieder, die der 1946 aus der Vereinigung von SPD und KPD hervorgegangenen SED angehörten, zählten in den 50er Jahren ebenfalls zu den vorrangig überwachten Personen. Dabei ging es um Sozialdemokraten, die Verbindungen in den Westen zum damaligen Ostbüro der SPD hatten, und um solche, denen unterstellt wurde, innerhalb der SED alte sozialdemokratische Strukturen wiederbeleben zu wollen.

Aber auch die religiöse Gemeinschaft der „Zeugen Jehovas“, deren Angehörige teilweise schon in der Zeit des Nationalsozialismus gemeinsam mit Kommunisten in Konzentrationslagern gesessen hatten, zählte zu den ersten Überwachungszielen des MfS. Sowohl wegen einzelner in dieser Gemeinschaft vorgeschriebenen Verhaltensnormen, so das generelle Verbot der Teilnahme an Wahlen, als auch aufgrund der bestehenden Verbindung in den Westen Deutschlands, wo die Zentrale der „Zeugen Jehovas“ lag, gingen die SED und also auch das MfS von einem bewusst staatsgefährdenden Wirken gegen die DDR aus.

Als offizieller Grund von Verhaftung und späterer Verurteilung zu oft langjährigen Haftstrafen diente in den ersten Jahren immer wieder der damalige Artikel 6 der Verfassung der DDR, der die sogenannte „Boykotthetze“ betraf. Dieser in der Tradition der stalinistischen Rechtsprechung bewusst ungenau gehaltene Verfassungsartikel wurde immer wieder im Sinne eines Strafgesetzbuchparagraphen angewandt.

„Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.

Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militärische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.

Wer wegen Begehung dieser Verbrechen bestraft ist, kann weder im öffentlichen Dienst noch in leitenden Stellen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben tätig sein. Er verliert das Recht, zu wählen und gewählt zu werden.“

Artikel 6 der DDR-Verfassung von 1949

In seinen internen Dokumenten konnte sich das MfS die von der parteihörigen Justiz oft verschleiert formulierten Gründe für Verhaftungen und Verurteilungen sparen: auf den Karteikarten der BV Magdeburg, die vom MfS für die Registrierung der verfolgten Personen angelegt wurden, steht als Grund der Bearbeitung in den genannten Fällen meist in aller Offenheit „Sozialdemokratismus“ bzw. „Sektentätigkeit“.

Seit der Gründung des MfS war die SED darauf bedacht, der eigenen Bevölkerung die Allgegenwart des Staatssicherheitsdienstes einzureden und somit gleichzeitig die Allmacht der Partei zum Ausdruck zu bringen.

Doch selbst zu Zeiten des zahlenmäßig größten Ausbaus des Sicherheitsapparates in den 80er Jahren finden sich in den Unterlagen des Magdeburger MfS immer wieder Schriftstücke, in denen eine Diensteinheit des MfS der anderen bedauernd mitteilt, dass eine erbetene Unterstützung nicht möglich ist, da in dieser oder jener Straße, in diesem oder jenem Betrieb keine Informations- oder Einflussquelle des MfS installiert sei.

INFORMATION

Immer wieder, so zum Beispiel bei der Reaktion auf den 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg, ist festzustellen, dass wesentliche gesellschaftliche Entwicklungen vom MfS und der SED nicht rechtzeitig erkannt wurden bzw. aus bekannten Fakten nicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden konnten. So lagen Anfang der 50er Jahre in der Walter-Rathenau-Straße zwar aus den Betrieben der Region Informationsberichte vor, die Auskunft über die desolate wirtschaftliche Situation gaben und auch die Stimmungen und Meinungen der Arbeiter über Normenerhöhungen, fehlendes Material, schlechte Versorgung usw. zum Ausdruck brachten.

Trotzdem trafen die Ereignisse Mitte Juni 1953 das MfS völlig unvorbereitet, gleiches trifft auf die Volkspolizei und auch auf die SED-Organisation des Bezirks zu.

Der 17. Juni 1953

Im Verlaufe des 17. Juni 1953 kam es im Bezirk zu einer Anzahl von Streiks und zu Demonstrationen gegen die Politik der SED. Vor allem die Ereignisse außerhalb der Bezirksstadt sind bisher weitgehend unerforscht. Angriffe auf Einrichtungen des MfS gab es nach der bisherigen Kenntnislage aber wohl nur in Magdeburg. Dort hatte die für die Untersuchungshaft verantwortliche Abteilung XIV des MfS ihr eigenes Untersuchungsgefängnis in unmittelbarer Nähe der Strafvollzugsanstalt Sudenburg.



Diese von der Volkspolizei geleitete Haftanstalt und das benachbarte Untersuchungsgefängnis des MfS wurden am 17. Juni 1953 von einer großen Anzahl Demonstranten belagert, welche die politischen Gefangenen befreien wollten. Im Verlaufe der Auseinandersetzungen gelangten die Demonstrierenden in den Besitz von Schusswaffen. Ein Wachmann des MfS und zwei Wachleute der Volkspolizei wurden bei dem Versuch der Erstürmung der Haftanstalten getötet. Panzer und Soldaten der sowjetischen Armee, durch die eine Anzahl von Demonstranten erschossen wurden, trieben die Menschenmenge schließlich auseinander. Zwei Sprecher der Demonstranten (Herbert Stauch und Alfred

Dartsch) wurden von dem Sowjetischen Militärtribunal am 18. Juni zum Tode verurteilt und anschließend erschossen.

Gegenüber der Bevölkerung erklärte die DDR-Führung in der Folgezeit, dass es sich bei den Aufständischen um Teilnehmer eines „konterrevolutionären Putsches“ gehandelt habe, die vor allem den von der SED beschlossenen Aufbau des Sozialismus verhindern wollten. „Faschistische Rädelsführer“, unter ihnen zahlreiche Agenten aus dem Westen, hätten den Aufstand langfristig auf einen „Tag X“ hin geplant und auch gesteuert.

Unter diesem Blickwinkel wurde durch das MfS im Bezirk in den Folgemonaten eine Verhaftungsaktion durchgeführt, in deren Verlauf mehrere hundert Personen wegen „Boykotthetze“ oder „Landfriedensbruch“ verhaftet wurden. Gegen weit über einhundert Menschen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, in deren Ergebnis gegen mehrere Personen Haftstrafen ausgesprochen wurden. Ein Beweis dafür, dass der Massenprotest eine aus dem Westen initiierte Aktion faschistischer Kräfte war, wurde im Ergebnis der Untersuchungen und Verhöre, an denen sich auch der sowjetische Geheimdienst beteiligte, nicht gefunden.

Auch der Magdeburger Gärtner Ernst Jennrich, Teilnehmer der Demonstration vor der Haftanstalt Sudenburg, wurde im Zuge der „Aktion“ am 19. Juni 1953 verhaftet.

Im Verlauf der Untersuchungshaft wurde ihm vorgeworfen, einen der beiden Volkspolizisten erschossen zu haben. Da ihm dies nicht nachgewiesen werden konnte, wurde er in erster Instanz im August von einem Magdeburger Gericht zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Auf Anweisung des Obersten Gerichts der DDR wurde das Urteil aber aufgehoben und im Oktober 1953 ohne neue Beweisaufnahme vom Magdeburger Gericht in die Todesstrafe umgewandelt. Dieses Urteil wurde am 20. März 1954 in Dresden vollstreckt.

Die Situation des Geheimdienstes der Region im Juni 1953 veranschaulicht auch das Agieren des Leiters der Abteilung III der Magdeburger Bezirksverwaltung in jenen Tagen.

Dieser Abteilungsleiter war erst seit März 1953 im Amt und leitete mit der Abteilung III genau diejenige Dienstseinheit an, welche damals für die Großbetriebe des Bezirks und somit für die Ausgangspunkte der Streikbewegung zuständig war.

Eine Woche nach dem 17. Juni wandte er sich schriftlich an den Leiter der Bezirksverwaltung und bat um die Ablösung von seinem Posten, da er nervlich völlig am Ende sei und nicht als möglicher Verantwortlicher für das Agieren der „Kriegsprovokateure“ am 17. Juni zur Verantwortung gezogen werden wollte.

Der Name des sich so in der Bredouille befindlichen MfS-Mitarbeiters lautete Major Heinz Kühne. Letztendlich nahm seine Karriere aber keinen Schaden, im Gegenteil. Bis 1957 blieb er auf seinem Abteilungsleiterposten, ab 1971 schließlich war er, wie bereits erwähnt, sogar Leiter der Bezirksverwaltung.

Andere MfS-Mitarbeiter traf es härter, selbst der Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, musste seinen Posten räumen. Das Ministerium selbst verlor seinen Status und wurde bis 1957 als Staatssekretariat dem Innenminister untergeordnet.

Die Zusammenarbeit der Machtorgane

Für den Beginn der 50er Jahre, als der Aufbau des Apparats noch in seinen Anfängen steckte, aber auch für die späteren 70er und 80er Jahre gilt, dass das MfS nur ein Teil des umfangreichen Unterdrückungsapparats war, welcher der SED zur Verfügung stand.

Ohne Einbeziehung der Justiz, die bei allen wichtigen Gerichtsprozessen ein im Interesse der SED liegendes Urteil zu treffen hatte, oder auch ohne die Tätigkeit der Volkspolizei, die ab 1954 selbst mit geheimen Informanten arbeiten durfte und auf deren Einwohnerregister wegen des großen Datenumfangs der Staatssicherheitsdienst immer wieder gern zurückgriff, wäre eine Umsetzung der Repressionsziele nicht möglich gewesen. Eine Vielzahl von Maßnahmen war nur durch das detailliert geplante Zusammenwirken staatlicher Kräfte möglich.

So war die zwangsweise Aussiedlung von Anwohnern aus den westlichen Grenzregionen der DDR in den Jahren 1952 und 1961, in deren Verlauf im Grenzgebiet des Bezirkes fast 2.000 bzw. über 350 Menschen aus ihren Wohnstätten vertrieben wurden, ein Ergebnis des koordinierten Vorgehens von SED, MfS, Polizei, örtlichen Staatsorganen und Grenzsicherungskräften. In den MfS-Dokumenten ist in diesem Zusammenhang verharmlosend von vorgenommenen „Wohnungswechseln“ die Rede.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Bezirksverwaltung

Bei der Interessendurchsetzung der SED konnte das MfS aufgrund seiner speziellen Möglichkeiten sowohl zur Vorbereitung von Maßnahmen, zur geheimpolizeilichen Absicherung als auch federführend eingesetzt werden.

Dies war natürlich auch von seinen jeweiligen personellen Möglichkeiten abhängig.

Die ersten Angaben über die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter der BV Magdeburg liegen für das Jahr 1953 vor.

Danach betrug die Beschäftigtenzahl zu diesem Zeitpunkt

464, im Jahre 1955 waren es schon 889, im Jahre 1960 schließlich gab es im Bezirk 971 MfS-Angehörige.

1953	464
1955	889
1960	971
1970	2.131
1980	3.060
1989	3.684

Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter

Die Überwachung von Großbetrieben und anderen Einrichtungen der Region

Nach der Analyse der eigenen ungenügenden Arbeitsergebnisse im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 versuchte die MfS-Führung in Berlin durch die Bündelung von Kräften auf bestimmte Arbeitsschwerpunkte eine höhere Effektivität der Geheimdiensttätigkeit zu erreichen.

Ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde in der sogenannten operativen Arbeit nach dem Prinzip der Objektbearbeitung verfahren. Für jede Dienstseinheit wurde eine begrenzte Anzahl von Schwerpunkten festgelegt, die unter Kontrolle zu halten waren. Natürlich handelte es sich nicht um ein starres Schema und Fragen des ständigen Informationsaustausches

INFORMATION

spielten weiterhin eine große Rolle. So legte die damalige Abteilung V der Magdeburger Bezirksverwaltung aufgrund der beschriebenen Orientierung der MfS-Führung Mitte der 50er Jahre u. a. zur Tageszeitung „Magdeburger Volksstimme“ eine sogenannte Objektakte an, aber auch für die FDJ-Bezirksleitung, für die Technische Hochschule, für das Institut für Lehrerbildung, für sämtliche Magdeburger Fachschulen, für die Bezirksleitungen der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, für die Kirchenleitungen der evangelischen und katholischen Kirche ebenso.

In den Objektakten wurde alles anfallende Material zu den Vorgängen im Haus und zu den dort Beschäftigten gesammelt. Diese Verfahrensweise behielt man bis zum Ende des MfS bei. Die Aktenführung wurde in den 70er Jahren etwas modifiziert, aus den Objektakten wurden dann sogenannte Sicherungsvorgänge.

Auch über Magdeburger Großbetriebe führte man solche Objektakten. Für das „Ernst-Thälmann-Werk“ Magdeburg und den Magdeburger Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“ wurden 1957 sogar eigens sogenannte Operativgruppen eingerichtet, die sich vom Lehrling bis zum Direktor mit allen dort Beschäftigten zu befassen hatten.

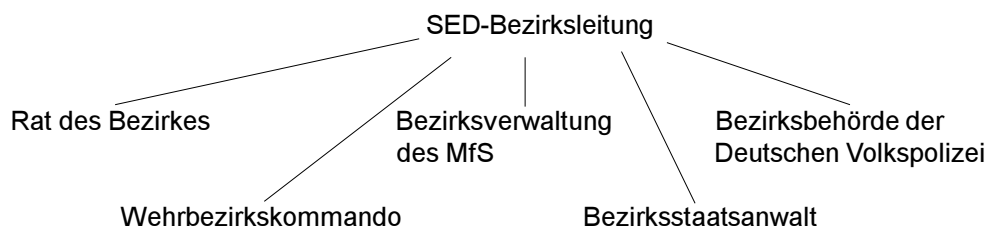
In den Kreisdienststellen legte man Objektakten in dieser Zeit meist für die in der jeweiligen Region vorhandenen Maschinen- und Traktorenstationen an. Dies geschah vor allem unter dem Gesichtspunkt, die „sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“ voranzutreiben und das Agieren der örtlichen Partei- und Staatsorgane mit geheimpolizeilichen Mitteln abzusichern, sprich, notfalls unter Druck den Eintritt der Einzelbauern in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu erreichen.

Das Jahr 1960, in den damaligen Zeitungen des Bezirkes als Jahr des „Sozialistischen Frühlings auf dem Lande“ gefeiert, brachte der Untersuchungshaftanstalt der MfS-Bezirksverwaltung am Magdeburger Moritzplatz, wohin die Einrichtung 1958 verlegt worden war, insgesamt 129 eingelieferte Häftlinge – eine Zahl, die in den 60er Jahren nicht wieder erreicht werden sollte.

Die Informationssammlung und die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes erfolgte zum einen im offiziellen Rahmen. Über Kontakte zu den Verantwortlichen für Sicherheitsfragen in den staatlichen Einrichtungen, in den Massenorganisationen und natürlich in der SED sicherte das MfS seine Interessen, wobei Erkundungen über den eigentlichen SED-Apparat dem MfS untersagt waren.

Staatliche Stellen, wie die Meldebehörden der Polizei oder auch die Kriminalpolizei, arbeiteten eng mit dem MfS zusammen. Kaderleiter von Betrieben gaben offiziell Daten weiter und zum Teil ganze Personalakten an das MfS zur Einsicht.

Die Bezirkseinsatzleitung



In sogenannten Kreiseinsatzleitungen bzw. in der Bezirkseinsatzleitung Magdeburg tagten ab 1954 Vertreter der SED, des jeweiligen Rates des Kreises bzw. des Bezirkes und Vertreter der Sicherheitsorgane, einschließlich des MfS, in gemeinsamen Sitzungen, um die Lage in ihrer jeweiligen Region zu erörtern.

Auf den dabei festgelegten Meldewegen lieferte der Staatssicherheitsdienst zusätzlich zu den periodisch abzuliefernden Lageberichten bei Bedarf auch Einzelinformationen, beispielsweise auf Kreisebene vom Leiter der MfS-Kreisdienststelle an den 1. Sekretär der SED-Kreiseleitung, an den Vorsitzenden des Rates des Kreises, an den Leiter des Volkspolizeikreisamtes, an den Leiter der Arbeiter- und Bauerninspektion, an den 1. Sekretär der FDJ-Kreiseleitung

usw. Natürlich kamen von dort auch wieder Informationen zurück. Schnelle Absprachen zu den verschiedensten Sachverhalten waren so möglich. Das konnte von technischen Problemen in einer Kartoffellagerhalle bis zu fehlenden Kniestrümpfen im Verkaufssortiment eines Dorfkonzums, von Fragen der Wiedereingliederung von Haftentlassenen bis hin zu Abstimmungsfragen bei der Bearbeitung von Ausreiseanträgen reichen. Und letztendlich nutzte das MfS seine Kontakte auch, um mit Hilfe dieser Partner seine inoffiziellen Aktionen zu verschleiern und nach außen hin möglichst einen offiziellen Anstrich zu geben.

Die Inoffiziellen Mitarbeiter

Als hauptsächliche Methode der Informationsgewinnung und Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse sah das MfS aber den Einsatz seiner Inoffiziellen Mitarbeiter (im Folgenden IM bezeichnet) an.

Erste geheime Informanten der späteren Bezirksverwaltung Magdeburg waren schon vor 1950 angeworben worden. Diese trugen noch die Bezeichnung „V-Leute“ oder „V-Männer“, also Vertrauensleute bzw. Vertrauensmänner.

Vermerke in Unterlagen aus der Anfangszeit der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt bzw. dann der BV Magdeburg deuten darauf hin, dass die in der Geheimdienstarbeit und in der Verwaltungstätigkeit oft unerfahrenen Mitarbeiter des MfS in ihrer Anleitungstätigkeit als Führungsoffiziere, im Umgang mit den V-Leuten und vor allem in der Aktenführung ihre Schwierigkeiten hatten. Durch Schulungen und den Erlass interner Richtlinien über die Arbeit mit den Geheimen Mitarbeitern, wie dann die V-Leute ab Anfang der 50er Jahre hießen, bzw. mit den IM, wie der Sammelbegriff seit Ende der 60er Jahre lautete, vereinheitlichte das MfS die Arbeitsweise. Dies war auch eine Voraussetzung dafür, dass stets ein schneller Informationsaustausch zwischen den einzelnen Dienstseinheiten gewährleistet war.

Zahlen über die IMs der BV Magdeburg in den 50er und 60er Jahren liegen bisher nicht vor.

Die Gründe, warum sich jemand als IM werben ließ, waren äußerst vielfältig. In der Regel dürfte es nicht ausreichen, ein Motiv allein zu benennen. Für die meisten IMs wird wohl eher ein Komplex von Gründen dazu geführt haben, sich auf eine Spitzeltätigkeit einzulassen.

Grob vereinfacht lässt sich die Spannbreite ziehen von der Erpressung durch den Staatssicherheitsdienst bis hin zur Selbstanbietung mit dem Ziel, persönliche Vorteile zu erlangen. Diese beiden Extreme findet sich aber nur in einer Minderheit der Magdeburger IM-Akten. Die Mehrheit dürfte wohl durch das MfS in der Werbephase von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit überzeugt worden sein bzw. aus Angst um die eigene gesellschaftliche Position oder zur Sicherung der eigenen Karriere einer inoffiziellen Tätigkeit zugestimmt haben.

Wahrscheinlich begründet durch die Übernahme von Arbeitsweisen des sowjetischen Geheimdienstes war es in den 50er Jahren beim MfS üblich, sich gegenüber dem geheimen Informanten ein sogenanntes Faustpfand, einen Erpressungsgrund, zu verschaffen, selbst wenn dies aufgrund einer freiwilligen Zusammenarbeit eigentlich nicht nötig war. Später finden sich solche Vermerke nur noch in den Akten von IMs, die zur Zusammenarbeit erpresst wurden, beispielsweise wegen einer begangenen Straftat.

Natürlich gab es auch immer wieder Einwohner des Bezirks, die sich weigerten, insgeheim für den Staatssicherheitsdienst zu arbeiten, darunter auch Mitglieder der SED.

Einen Schwerpunkt für die IMs in der zweiten Hälfte der 50er Jahre stellte der von der SED-Führung geforderte massive Einsatz von Informanten aller Dienstseinheiten, also auch der



*Richard Sorge
Deutscher Spion im Auftrag des KGB
während des Zweiten Weltkrieges*

INFORMATION

Kreisdienststellen, in Richtung Bundesrepublik Deutschland dar. Im Ergebnis dieser groß-angelegten Aktion musste sich der damalige Leiter der Bezirksverwaltung, Oberst Reinhold Knoppe, harsche Kritik von der Leitung des MfS gefallen lassen. Auf Anweisung des BV-Leiters war zwar eine große Anzahl von IMs in das sogenannte „Operationsgebiet“ geschickt worden, eine solide geheimdienstliche Ausbildung hatten aber die wenigsten zuvor erhalten. Zahlreiche Verhaftungen dieser „DDR-Kundschafter“ durch den bundesdeutschen Verfassungsschutz und durch andere Stellen waren die Folge.

Auch für die damalige Praxis des MfS, politisch missliebige Personen aus Westberlin oder aus Westdeutschland in die DDR zu entführen, finden sich vereinzelt Belege in den Akten von IMs der BV Magdeburg.

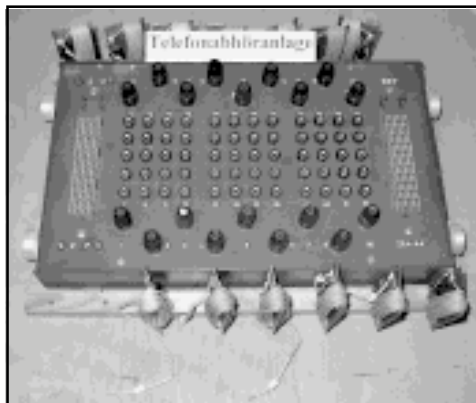
Wilfried Müller leitete in dieser Zeit als Führungsoffizier bzw. als sogenannter operativer Mitarbeiter ebenfalls Geheime Informanten an.

Schon nach kurzer Zeit hatte er es in seiner Abteilung bis zum Leiter des Referats Staatliche Verwaltung und Gesundheitswesen gebracht. 1955 wurde er, inzwischen zum Leutnant befördert, zur Abteilung VII versetzt und stieg dort sogar bis zum Abteilungsleiter auf. Die von ihm angeleitete Diensteinheit war sowohl für die Überwachung als auch für die Zusammenarbeit mit der Polizei im Bezirk verantwortlich.

Die Delegation zur SED-Bezirksparteischule in Ballenstedt ab Herbst 1958 führte dazu, dass er zwischenzeitlich für ein Jahr von seinem Dienstposten entbunden wurde.

Die 60er Jahre

Nach der Errichtung des seitens der DDR-Führung so genannten „antifaschistischen Schutzwalls“ in Berlin am 13. August 1961 war die Arbeit in Richtung Westen für den Geheimdienst sehr erschwert. Gravierender aber zeigten sich die Auswirkungen für die DDR-Bevölkerung, der die Fluchtmöglichkeit nach Westberlin bzw. von dort in die Bundesrepublik nun völlig verwehrt war.



Schon seit Ende der 50er Jahre hatte das MfS seine Arbeitsweise aufgrund von Anweisungen des seit 1957 im Amt befindlichen Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, auf eine vorbeugende Absicherung der DDR-Bürger ausgerichtet. Bereits im Ansatz und in der Planungsphase sollten gegen die DDR-Politik gerichtete Aktionen erkannt werden. Diese Zielsetzung ließ sich letztlich nur mit einer großen Anzahl von Informanten und mit einem vergrößerten Stamm hauptamtlicher Mitarbeiter verwirklichen. Die Zahl der Letztgenannten im Bereich der Bezirksverwaltung Magdeburg stieg demzufolge in den Jahren 1960 bis 1970 von 971 auf 2.131.

Für die Inoffiziellen Mitarbeiter dieser Zeit sind, wie gesagt, bisher keine Zahlenangaben möglich.

Als eine Hauptaufgabe sah das MfS die Zurückdrängung der sogenannten „politisch-ideologischen Diversion“ an.

Darunter wurden sämtliche Formen der Einflussnahme auf die DDR-Bürger aus Richtung Westen verstanden.

Den über die staatliche Trennung hinweg stabil gehaltenen deutsch-deutschen Familienbeziehungen oder auch den kulturellen Einflüssen durch die westlichen Massenmedien wurde permanent eine mögliche feindliche Zielsetzung unterstellt.

Die sowieso schon eingeschränkten persönlichen Kontaktmöglichkeiten der Einwohner des Bezirkes mit dem Ausland gelangten in den 60er Jahren unter weitgehende Kontrolle der Staatssicherheit. Zur Überwachung des Dienstreiseverkehrs und der touristischen Auslandsfahrten wurde das Selbständige Referat Reise- und Touristenverkehr eingerichtet. Der Postverkehr stand durch die Abteilung Postzollfahndung unter intensiver Kontrolle, in großem Umfang wurden auf Verdacht Briefe durchleuchtet oder Paketsendungen geöffnet.

Speziell zur Überwachung der Jugend der DDR erließ man für das gesamte MfS im Jahre 1966 eine Handlungsanweisung in Form einer Richtlinie. Die regelmäßige Berichterstattung über Schüler, Lehrlinge oder Studenten wurde somit auch für alle Kreisdienststellen im Bezirk zur Pflichtaufgabe. In den daraufhin angefertigten Einschätzungen zur Lage unter den Jugendlichen wird immer wieder auf den „dekadenten Einfluss“ westlicher Medien, und hierbei speziell der Beat-Musik, auf die Jugend verwiesen. Vor allem die sich in der abgefangenen Briefpost widerspiegelnde rege Beteiligung an den Hitparaden der Rundfunkstationen des NDR oder des RIAS war den Geheimdienstlern ein Dorn im Auge.

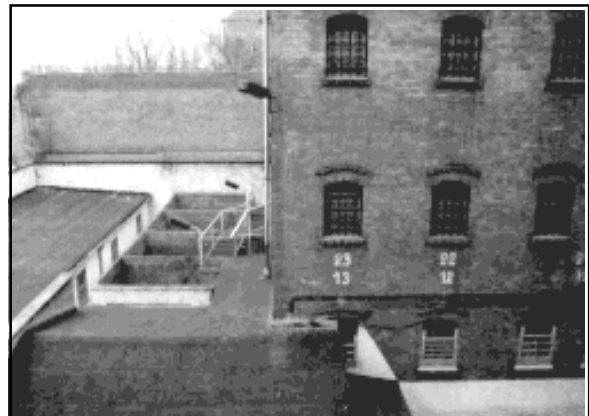
Den Höhepunkt im Kampf gegen die „politisch-ideologische Diversion“ im Bezirk sollte Ende der 60er Jahre ein Schauprozess bilden, in dem drei Männer aus dem Kreis Halberstadt zu mehrjährigen Haftstrafen wegen Beihilfe zur staatsfeindlichen Hetze verurteilt werden sollten. Die Angeklagten hatten Konverter für Fernsehgeräte gebaut und verkauft, mit denen das ZDF auch für DDR-Bürger zu empfangen war.

Der Prozessverlauf mit ausgesuchter Zuhörerschaft wurde in Absprache zwischen dem Magdeburger MfS und der Staatsanwaltschaft detailliert geplant. Selbst ein zu verlesendes Gutachten des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte zur Rolle des ZDF in der imperialistischen Medienpolitik lag bereits vor. Doch seitens des Magdeburger Staatssicherheitsdienstes war nicht nur eine Gerichtsverhandlung vor erweiterter Öffentlichkeit, wie es in den Unterlagen formuliert wird, vorgesehen. Begleitend zum Gerichtsprozess war auch ein öffentliches Forum geplant, in dessen Verlauf u. a. ein bekannter politischer Fernsehkommentator die Gefährlichkeit des ZDF für die DDR-Bevölkerung herausarbeiten sollte. Als sich die Untersuchungsabteilung des Magdeburger MfS mit einer diesbezüglichen Bitte um Unterstützung nach Berlin wandte, wurde der Eifer der Genossen aus der Provinz durch die Zentrale harsch gebremst. Die Magdeburger wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass der offizielle Verkauf von Fernsehkonvertern in der DDR kurz bevor stand und ein Schauprozess zu dieser Thematik äußerst ungelegen kommen würde.

Die Gesetzeslage zum DDR-Strafrechtsparagrafen über „staatsfeindliche Hetze“ war vor dieser Information die gleiche wie nach dieser Mitteilung. Die Rechtsauffassung der Magdeburger MfS-Untersuchungsabteilung und der Magdeburger Staatsanwaltschaft änderte sich aufgrund des Hinweises aus Berlin aber erheblich: die vorher angedachten Strafmaße wurden halbiert und die Gerichtsverhandlung fand nicht als Schauprozess, sondern wie üblich ohne Öffentlichkeit statt.

Aufmerksam registrierte das MfS in dieser Dekade auch die Meinungen der Bevölkerung des Bezirks zum Bau der Berliner Mauer 1961, zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1962, zur Verkündung einer neuen „sozialistischen“ Verfassung im Frühjahr 1968 oder zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968.

Einwohner des Bezirks, die in der Öffentlichkeit gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die CSSR protestiert hatten, wurden durch das MfS und die Volkspolizei wegen „staatsfeindlicher Hetze“ oder „Staatsverleumdung“ verhaftet, der Deckname der Verhaftungsaktion lautete „Gene-sung“. Bis September 1968 wurden in diesem Zusammenhang im Bezirk allein 68 Ermittlungsverfahren eingeleitet.



Untersuchungshaftanstalt des MfS

Insgesamt befanden sich in den Jahren von 1950 bis 1970 ca. 3.300 Personen in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg. Über die Häftlingszahlen der Folgezeit ist eine entsprechende Aussage bisher nicht möglich.

Wilfried Müller setzte unterdessen in der 60er Jahren seinen Aufstieg in der Bezirksverwaltung fort. Nach dem Besuch der SED-Bezirksparteischule hatte er weiter als Leiter der

INFORMATION

Abteilung VII fungiert. 1962 wurde er für ein Jahr zum Stellvertreter des Leiters der MfS-Bezirksverwaltung berufen. Als sogenannter Stellvertreter Operativ war er in dieser Zeit u. a. für den Bereich Spionageabwehr, den Bereich Polizei und den Bereich Beobachtung, Ermittlung, Festnahme verantwortlich. Nachdem er anschließend wieder kurz in seiner alten Funktion tätig war, schickte ihn das MfS zum Studium nach Potsdam-Eiche, wo sich die MfS-eigene Hochschule befand. Das angedachte 3-jährige Direktstudium zum Diplomjuristen konnte er allerdings nicht beenden, da er wieder als Leiter der Abteilung VII in der Bezirksverwaltung benötigt wurde. Die Ausbildung zum Diplomjuristen setzte er als Fernstudium fort.

Ab 1967 übernahm er dann für 10 Jahre wieder die Funktion des Stellvertreter Operativ. Ihm oblag in dieser Zeit u. a. die Verantwortung für den Bereich Volkswirtschaft, für das bezirkliche Verkehrswesen und den Bereich Staatsapparat, Kirche, Kultur.

Für seine geheimdienstliche Tätigkeit wurde Wilfried Müller, seit 1968 Oberstleutnant des MfS, im Jahre 1969 mit dem Orden „Verdienstmedaille der DDR“ ausgezeichnet, 1972 erhielt er den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze.

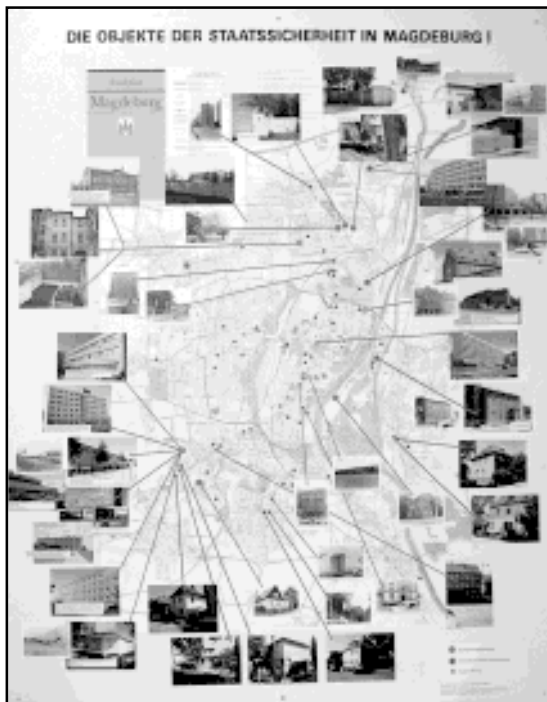
Die 70er und 80er Jahre

Anfang der 70er Jahre richtete sich die Bezirkszentrale des MfS auf dem Kroatenhügel im Magdeburger Stadtteil Sudenburg ein neues Domizil ein. Hier, im Kroatenweg 56–57, bezog Wilfried Müller 1977 als neuer Leiter der Bezirksverwaltung sein Dienstzimmer.

In der Walter-Rathenau-Straße verblieben die für die Stadt Magdeburg verantwortliche Kreisdienststelle und Mitarbeiter einiger anderer Dienststellen

Das hauptamtliche Personal, immer wieder aufgestockt, umfasste 1980 insgesamt 3.060 Mitarbeiter.

Im Oktober 1989 führte Wilfried Müller letztendlich einen Apparat mit 3.684 Planstellen für hauptamtlich Beschäftigte, die Dimension eines Großbetriebs. Davon arbeiteten 866 Geheimdienstleute in den Kreisdienststellen, die übrigen saßen im Neubaukomplex „in der Kroate“, wie der Magdeburger sagt, oder in verschiedenen über den Bezirk verteilten Dienststellen.



Die Unterstellten des Generalmajor Müller, so sein Dienstgrad seit 1981, waren in ihrer Mehrzahl Berufssoldaten. Dazu zählten vor allem die mit der Anleitung von Inoffiziellen Mitarbeitern betrauten Führungs-offiziere, Operative Mitarbeiter genannt. Aber auch die Passkontrolleure an den Grenzübergängen, die Abhör-spezialisten auf dem Brocken oder die Techniker in der für die Herstellung von gefälschten Dokumenten verantwortlichen Abteilung gehörten dazu. Sogar die Schreibkräfte und das Küchenpersonal hatten sich als Berufssoldaten verpflichtet.

Daneben gab es 126 Zeitsoldaten in der Wacheinheit „Robert Korb“ und 93 hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter, die zwar ihr Gehalt vom MfS erhielten, aber ansonsten nach außen hin beispielsweise als normaler Angestellter des Rates des Kreises, als Zivilangestellter des Wehrkreiskommandos o. ä. auftraten.

Und es gab noch 41 Offiziere im besonderen Einsatz, kurz OibE genannt. Dies waren meist höhere staatliche Funktionsträger, die darüber hinaus dem MfS gegenüber eine Verpflichtung eingegangen waren. Inoffiziell wurden sie vom MfS mit einem militärischen Dienstgrad versehen. Lag ihr offizielles Gehalt unter

dem ihres MfS-Dienstgrades, wurde ihnen der entsprechende Gehaltsausgleich vom Geheimdienst überwiesen.

Die Kategorien Inoffizieller Mitarbeiter

Inoffizielle Mitarbeiter hatte der Staatssicherheitsdienst im Bezirk am 1. Januar 1979 insgesamt 13.135.

Diese waren in unterschiedlichen Kategorien erfasst, welche das MfS zur Systematisierung der verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten von Inoffiziellen Mitarbeitern geschaffen hatte.

Allein 4.042 wurden unter der Bezeichnung GMS geführt, eine Abkürzung, die für Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit stand. Dabei handelte es sich typischerweise um Personen, die zur inoffiziellen Arbeit herangezogen wurden, obwohl sie bereits durch eine verantwortliche Funktion eng mit dem von der SED dominierten Staatsapparat verbunden waren oder ihm selbst angehörten, also beispielsweise Betriebsdirektoren, Kaderleiter oder hochrangige Angestellte des Rates des Bezirkes.

Daneben gab es als wichtige Kategorie noch die zur Informationssammlung in ihrem privaten und betrieblichen Umfeld herangezogenen Inoffiziellen Mitarbeiter zur Sicherung ihres Bereichs, kurz IMS genannt.

Weiterhin zählten dazu die ihre Wohnung zu geheimen Treffen zur Verfügung stellenden IMK/KW, die in der Sprache des Geheimdienstes in voller Länge Inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration/Konspirative Wohnung hießen.

Schließlich seien noch die Inoffiziellen Mitarbeiter erwähnt, welche die Führungsoffiziere des MfS entlasteten, indem sie stellvertretend für diese andere IM selbst anleiteten. Diese Kategorie hieß Führungs- Inoffizieller Mitarbeiter, in Kurzform als FIM bezeichnet.

Die Gesamtzahl für alle im Bezirk als Inoffizielle Mitarbeiter erfassten Personen lässt sich bisher nur für das Ende des Jahres 1979 angeben. Andere konkrete Angaben können nur begrenzt auf einzelne Diensteinheiten und dort auch nur für bestimmte Zeitpunkte getroffen werden.

Eine Schätzung auf der Grundlage der überlieferten Unterlagen geht auch für das Jahr 1989 von einer Zahl von ca. 13.000 Inoffiziellen Mitarbeitern der BV Magdeburg aus. Damit, um es statistisch zu sehen, wäre ein IM bei einer Einwohnerzahl von 1,25 Mio. im Bezirk auf jeweils 96 Einwohner gekommen. Der Bezirk gehörte damit zu den bestüberwachten der DDR. Der DDR-Durchschnitt lag bei 1:120.

Die Gründe für diese überdurchschnittliche Anzahl von Inoffiziellen Mitarbeitern im Bezirk Magdeburg sind nicht bekannt. Sie mag der Vielzahl und der Größe von Schwerpunktoobjekten des MfS in der Region geschuldet sein: die 319 km lange Westgrenze; die Transitstrecken und Grenzübergänge; die große Anzahl abzusichernder militärischer Einrichtungen, vor allem der sowjetischen Streitkräfte; die große Zahl der Beschäftigten in der Schwerindustrie usw.

Die Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter blieb über die 80er Jahre relativ stabil. Dabei muss gesehen werden, dass es ständig eine gewisse Fluktuation gab. Jährlich wurden ca. 1.000 Personen neu als IM geworben, noch im Jahre 1989 waren es von Januar bis Oktober insgesamt 710. Etwa die gleiche Anzahl beendete aber auch jedes Jahr die Zusammenarbeit, aber nur selten aufgrund einer inzwischen erlangten ablehnenden Haltung zum MfS. Meist waren es Alters- bzw. Gesundheitsgründe oder eine Veränderung des Wohnortes bzw. der Arbeitsstätte, die eine weitere inoffizielle Zusammenarbeit für den Staatssicherheitsdienst überflüssig machten und zu einer Archivierung der IM-Akte im hauseigenen Archiv der MfS-Bezirksverwaltung, in der Abteilung XII, führten.

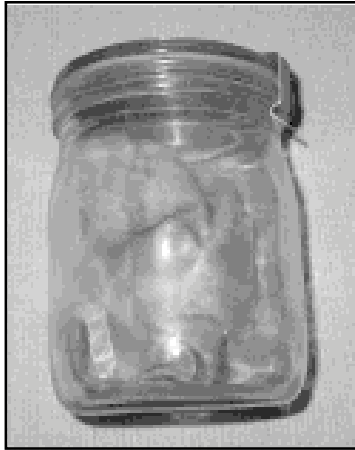
Die Überwachung der Bevölkerung

Das gesetzte Ziel, alle unter dem Verdacht der politisch-ideologischen Diversion stehenden Erscheinungen vorbeugend aufzuklären und zu bekämpfen, wurde in den 70er und 80er Jahren mit aller Konsequenz weiter verfolgt.

Die an den Grenzübergängen eingesetzten hauptamtlichen Kräfte der Pass- und Kontrolleinheiten der Magdeburger BV erreichten bis 1989 eine Stärke von über 800. Fast 150 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigte zum Schluss die für die Überwachung des Postver-

INFORMATION

kehrs verantwortliche Abteilung M. Aus letztgenanntem Bereich erhielt allein die für die Magdeburger Einwohner verantwortliche Kreisdienststelle Mitte der 70er Jahre monatlich ca. 300 für wichtig gehaltene Informationen, in gleicher Gesamtzahl lieferten übrigens auch die eigenen Inoffiziellen Mitarbeiter der KD aus ihrem jeweiligen Umfeld in jedem Monat Berichte ab.



Geruchprobe

Mit einem riesigen Aufwand an Menschen und Material, vor allem natürlich Papier, wurde versucht, die Einwohner des Bezirks in sogenannten Sicherheitsüberprüfungen vorausschauend zu bewerten.

Eine eigens für das neu zu errichtende Kernkraftwerk bei Stendal eingerichtete „Operativgruppe Bau“ der MfS-Kreisdienststelle Stendal hatte beispielsweise in den 70er und 80er Jahren alle an der Realisierung des Energieprojekts beteiligten Personen, auch wenn diese nur kurz auf der Baustelle im Einsatz waren, im Vorhinein zu überprüfen. Die mit 6 Planstellen versehene kleine Truppe wertete im Jahr 1987 insgesamt 6.710 Personalunterlagen aus. Im Ergebnis dieser geheimpolizeilichen Bemühungen wurde schließlich 54 Arbeitskräften der Zutritt zur Baustelle verweigert.

Doch nicht nur die Monteure des KKW Stendal oder die Geheimnisträger der Technischen Hochschule Magdeburg, die in militärische Forschungsvorhaben integriert waren, waren für das MfS von Interesse.

Ebenso überprüft wurde man bei einem aus familiären Gründen gestellten Reiseantrag in die Bundesrepublik, bei dem beabsichtigten Antritt eines Journalistik- oder Medizinstudiums, vor der Aufnahme in eine Kinder- und Jugendsportschule, bei einer bevorstehenden Einberufung zu den Grenztruppen der DDR, bei der betrieblichen Beantragung als Reisekader, bei der Bewerbung um eine Tätigkeit als Matrose der Handels- oder Fischereiflotte der DDR usw.

Der betriebliche Vorgesetzte, der Abschnittsbevollmächtigte der Polizei, der Inoffizielle Mitarbeiter des MfS aus dem Betrieb oder aus der Hausgemeinschaft, alle, die auskunftsberechtigt waren oder für auskunftsfähig gehalten wurden, lieferten ihr Wissen oder auch nur ihre Vermutungen an das MfS. Der wahre Zweck der Informationslieferung war dem Berichterstatte dabei meist nicht bekannt.

Ein in solchen Einschätzungen auftauchender Nebensatz mit dem Hinweis auf mögliche Anzeichen politischer Unzuverlässigkeit konnte mitunter dafür sorgen, dass die Antragstellerin aus Wolmirstedt nicht zur Beerdigung ihrer Schwester nach Braunschweig fahren durfte oder der Direktor eines Volkseigenen Betriebes seinen besten Fachmann nicht zum Abschluss von Exportverträgen in den Westen schicken konnte. Der jeweilige Informant musste dabei in seinem Bericht gar nicht ausdrücklich versucht haben, über die beobachtete Person irgendwelche negativ zu verstehenden Fakten zu liefern. Mitunter enthalten IM-Berichte sogar regelrecht lobende Worte über den Bespitzelten. Letztendlich lag die Entscheidung über die Bewertung der Informationen aber allein beim nach MfS-internen Richtlinien handelnden Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, der seine Entscheidung auf der Grundlage aller zusammengefassten Detailkenntnisse treffen konnte, über die der einzelne Zuträger natürlich nicht verfügte.



Für eine eigentlich typische Tätigkeit eines Geheimdienstes, die Abwehrarbeit gegen feindliche Dienste, blieb somit wenig Raum. Auch ist es fraglich, ob sich westliche Geheimdienste in starkem Maße für die Volkswirtschaft des an der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt liegenden Bezirks Magdeburg interessiert haben. Die wirtschaftliche Leistungskraft der Region in den 80er Jahren jedenfalls dürfte kaum dazu angeregt haben.

In den Lageberichten des MfS dieser Zeit über die Situation in der Volkswirtschaft zwischen Altmark und Harz spiegeln sich die Schwierigkeiten der Betriebe wieder, aufgrund ihrer verschlissenen baulichen und technischen Ausrüstungen ihre Produkte in

der geplanten Zahl und Qualität liefern zu können. Gerade für die exportabhängigen Großbetriebe in Magdeburg oder Schönebeck zeichneten sich Ende der 80er Jahre enorme Schwierigkeiten beim Absatz ihrer Produkte ab, da die Sowjetunion als Hauptabnehmer zunehmend ausfiel und neue Absatzmärkte nicht gefunden werden konnten.


An der Misere vieler Betriebe, die durch die verfehlte Wirtschaftspolitik der SED entstand, konnte der Staatssicherheitsdienst nichts Grundsätzliches ändern, vielmehr trug er durch die Umsetzung der oben beschriebenen Sicherheitsdoktrin eher noch zu Verschärfung der wirtschaftlich desolaten Lage bei. Ende der 80er Jahre fiel dem Magdeburger MfS aber noch einmal eine Aufgabe zu, der sich der Geheimdienst schon seit seiner Gründung immer wieder verschrieben hatte und die das MfS keinesfalls etwa den Kräften der Kriminalpolizei allein überlassen wollte: die Bekämpfung von Industriesabotage.

In den Monaten März bis Mai 1988 war es im Stadtgebiet Magdeburgs zu einer Anzahl von Brandstiftungen gekommen, hinter der das MfS eine zusammenhängende Serie vermutete, möglicherweise verursacht durch ein und dieselbe Tätergruppe. So waren u. a. Lastkraftwagen des Güterkraftverkehrs und des Kohlehandels in Brand gesetzt worden, auch ein Bootschuppen im Magdeburger Zollhafen wurde zerstört.

Seitens des MfS wurde eigens zur Untersuchung der Vorfälle eine Arbeitsgruppe „Brand-

stifter“ eingerichtet, für die Ende 1988 noch 35 hauptamtliche Mitarbeiter abgestellt waren. Daneben setzte der Geheimdienst seine gesamten diesbezüglich offiziell und inoffiziell nutzbaren Kräfte ein. Aufgrund der nur wenig vorhandenen auswertbaren Spuren, erarbeitete das MfS eine sogenannte Täterhypothese, auf deren Grundlage dann die Ermittlungen geführt wurden. Laut der erstellten Hypothese ging der Geheimdienst von einer staatsfeindlichen Position der Täter aus. Da es für staatsfeindliche Haltungen in der DDR Ende der 80er Jahre auch aus der Sicht des MfS eine Reihe von Gründen gab, konnten die Täter sowohl abgelehnte Ausreiseantragsteller, aber auch Umweltschützer oder auch verärgerte frühere inoffizielle Mitarbeiter des MfS gewesen sein.

Versehen mit dieser recht weit auslegbaren Tätervorstellung wurden im Magdeburger Stadtgebiet umfangreiche offizielle oder auch legendierte Befragungen durchgeführt,



VEB KRAFTFAHRZEUGINSTANDHALTUNG MAGDEBURG

 3010 MAGDEBURG, PSF 137

VEB Kraftfahrzeuginstandhaltung Magdeburg
3010 Magdeburg, Postschlitzfach 137

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unsere Zeichen Unsere Nachricht vom den

08. Februar 1984

Werte Genossen!


Anlässlich des 34. Jahrestages des Ministeriums für Staatssicherheit übermitteln wir Euch im Auftrag aller Genossen und Werktätigen die herzlichsten Glückwünsche.


Unsere langjährige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Klassengegner hat sich zum Wohle unserer Republik bestens bewährt. Wir werden alle Kraft einsetzen, um in enger Zusammenarbeit mit Euch unsere Partei und unsere Deutsche Demokratische Republik weiter so erfolgreich gegen alle Anschläge des Imperialismus zu sichern wie bisher.


An Eurem heutigen Ehrentag möchten wir Euch besonders dafür danken, daß Ihr Eure Aufgaben beim zuverlässigen Schutz der Errungenschaften des Sozialismus in der DDR aufopferungsvoll, mutig und mit äußerster persönlicher Einsatzbereitschaft erfüllt habt. Nur so war es möglich, daß unsere Deutsche Demokratische Republik in diesem Jahr den 35. Jahrestag erfolgreich begehen kann.

Unsere Werktätigen arbeiten erfolgreich am weiteren Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in dem Bewußtsein, daß die Sicherung der Arbeiter- und Bauernmacht gegen alle äußeren und inneren Feinde des Sozialismus bei Euch in guten Händen liegt. Besonders im 35. Jahr des Bestehens unserer Republik setzen wir alles daran, um unsere Aufgaben mit höchstmöglichen Ergebnissen zu erfüllen.

Wir wünschen Euch bei der Lösung unserer großen Aufgaben weiterhin viel Erfolg, Schaffenskraft und persönliches Wohlergehen zum Wohle der Partei der Arbeiterklasse und unserer Deutschen Demokratischen Republik!


H. Ludwig
 Sekretär der BPO


Schliekau
 BGL-Vorsitzender


Hagel
 Betriebsdirektor

Staatsbank der DDR
 Konto-Nr. 3271-10-96070

TELEFON:
 4 82 13 - 14
 Telex: 6-207

TELEGRAMM-ANSCHRIFT:
 KTB Süd Magdeburg

POSTSHECKKONTO:
 Magdeburg 7599-50-6054
 Betr.-Nr. 0008309 0

INFORMATION

alle verfügbaren Inoffiziellen Mitarbeiter in der Bezirksstadt und in den angrenzenden Kreisen sollten verdächtige Personen angeben und auch die vorhandenen Daten in den Karteien und in den entsprechenden Aktenvorgängen des MfS wurden unter dem Gesichtspunkt der Brandstiftung ausgewertet.

Gefunden hat der Staatssicherheitsdienst die oder den Täter nicht.

Die Erfassung unliebsamer Personen

Die Vorgehensweise des MfS bei der Untersuchung von Straftaten erfolgte nach einheitlichen Vorschriften, die durch entsprechende Richtlinien geregelt waren.

Hatte der Staatssicherheitsdienst gegenüber einer Person einen sogenannten politisch-operativ bedeutsamen Verdacht, wurde zu dieser Person eine gezielte Überwachung eingeleitet, Operative Personenkontrolle hieß das beim MfS, kurz OPK.

Fand das MfS, dass der Anfangsverdacht begründet war, wurde aus der OPK ein sogenannter OV, ein Operativer Vorgang. In dessen Verlauf wurde versucht, Beweise zu sammeln, um ein Ermittlungsverfahren, ein EV, einleiten zu können. Dieses war dann meist mit einer Untersuchungshaft verbunden, in deren Folge es in der Regel zur Verurteilung und zur Haftstrafe kam.



Fotostuhl in der Untersuchungshaftanstalt

Im Jahre 1984 erfolgte in den Bereichen der Magdeburger Bezirksverwaltung durch die Berliner MfS-Zentrale eine Kontrolle, welche den Umfang und die Qualität der bereits erwähnten Spionageabwehr gegen westliche Geheimdienste untersuchen sollte.

Das Ergebnis war für die Kontrolloffiziere „ernüchternd“ und „desillusionierend“. So jedenfalls deren eigene Wortwahl in den Auswertungsunterlagen.

Zwar waren von der Bezirksverwaltung noch 146 laufende Operative Personenkontrollen vorzuweisen, in denen wenigstens vom Verdacht der Spionage ausgegangen wurde. Aber nur in neun OV bestätigte sich nach Ansicht des MfS der Anfangsverdacht.

Die Mehrzahl der Magdeburger Geheimdienstler war mit anderen Aufgaben beschäftigt. Womit, das wird u. a. aus der Berichterstattung des Leiters der MfS-Bezirksverwaltung an die Bezirksleitung der SED im Jahre 1985 deutlich. Ein Aktenordner mit den sogenannten Parteiinformationen enthält Kurzberichte zu über 100 Personen, gegen die vom MfS 1985 im Bezirk ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Mit einem Anteil von über 90 % stellen diejenigen, deren Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit ihrem Ausreiseantrag oder mit einer geplanten bzw. vereitelten Republikflucht stand, das absolute Gros dar.

Dies war u. a. das Ergebnis einer Entwicklung, die ca. 10 Jahre zuvor eingesetzt hatte. Seit Mitte der 70er Jahre, verbunden mit dem europäischen KSZE-Prozess, war für die Magdeburger Staatssicherheit eine stetig größer werdende Personengruppe in den Vordergrund gerückt: die Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR.

Diese Antragsteller fielen innerhalb des MfS ab November 1975 in den Verantwortungsbereich der eigens zu diesem Zweck neu geschaffenen Bezirkskoordinierungsgruppe. Diese hatte die Aufgabe, die vielfältigen Maßnahmen gegen die Antragsteller innerhalb des MfS abzustimmen. Auch das Zusammenspiel mit den Verantwortlichen aus den Betrieben und den staatlichen Einrichtungen, insbesondere mit den Abteilungen Inneres, erfolgte von hier aus.

Bis zu seinem Ende hin war der Sicherheitsdienst bemüht, bei neu durch die SED gestellten Aufgaben seine Struktur diesen neuen Anforderungen jeweils anzupassen und flexibel zu reagieren. Ständig wurden daher in der Geschichte des Staatssicherheitsdienstes neue Abteilungen oder Referate gegründet oder zweckdienlich miteinander verknüpft.

Die SED-Führung teilte dem MfS in den 40 Jahren DDR immer neue Aufgabenfelder zu. Andere staatliche Stellen, wie die Zollverwaltung oder Bereiche der Volkspolizei, gerieten mit der Zeit in die Rolle von Hilfskräften des MfS. Am Ende stand ein riesiger Apparat mit fast unbegrenzten Kompetenzen und einem Informationsaufkommen, das kaum mehr zu verarbeiten war. Resignierend legte daher beispielsweise der stellvertretende Leiter der MfS-Kreisdienststelle Burg im Frühjahr 1988 für seine Dienstseinheit fest, dass aufgrund des Mangels an Schreibkräften nicht mehr alle neuen Informationen schriftlich festzuhalten und zu vervielfältigen seien, auch wenn dadurch an andere MfS-Bereiche keine Fakten weitergeleitet werden könnten.

Oppositionelle Gruppen

Die sich vornehmlich im kirchlichen Raum organisierende Umwelt- und Menschenrechtsbewegung im Bezirk wurde durch den Staatssicherheitsdienst ab Anfang der 80er Jahre verstärkt wahrgenommen.

Obwohl viele Gruppen mit Inoffiziellen Mitarbeitern durchsetzt waren und der Staatssicherheitsdienst zusammen mit den für Kirchenfragen Verantwortlichen in der SED und im Staatsapparat versuchte, das Wirken dieser Kräfte zu be- und verhindern, war allen Bemühungen letztlich kein Erfolg beschieden. Bei mehreren Gruppen hatte der Geheimdienst beispielsweise versucht, bereits in deren Entstehungsphase eine stabile Konstituierung der Gruppenarbeit zu verhindern, indem die männlichen Hauptakteure in Abstimmung mit den jeweiligen Wehrkreiskommandos früher als geplant zum Wehrdienst eingezogen wurden.

Als dann Mitte der 80er Jahre mehrere Oppositions- und Umweltkreise in Magdeburg, Stendal, Wernigerode und in anderen Städten und Gemeinden tätig waren, lag dem Geheimdienst u. a. daran, deren Verbindungen in die Bundesrepublik aufzuklären, um die Anleitung der Gruppen aus dem Westen nachweisen zu können. Zumindest zu den jeweils als Führungskräfte erkannten Personen wurden jeweils Beobachtungsvorgänge angelegt, die z. T. auch umfangreiche Telefon- und Postüberwachung zum Bestandteil hatten.

Der Herbst 1989

Viele Strukturen der Opposition lösten sich in den Tagen des Herbstes 1989 schnell auf, waren sie doch in der Mehrheit nicht zum Sturz, sondern nur zur partiellen Veränderung des Systems geschaffen worden. Eine Vielzahl der Mitglieder der über den ganzen Bezirk verteilten Gruppen aber bildete den Kern der im Herbst 1989 an den grundlegenden Veränderungen beteiligten Initiativen, vor allem des Neuen Forums.

Auf die von Leipzig aus sich ab Oktober 1989 ausbreitenden Montagsdemonstrationen, die sich nach und nach auch im Bezirk Magdeburg zur Massenbewegung entwickelten, war das MfS, ähnlich wie



1953, nicht vorbereitet. Dem umfangreichen Sammeln von Personendaten verhaftet, wurde anfangs möglichst jeder Teilnehmer einer Demonstration erfasst. Als die Dimension nicht mehr handhabbar war, verlegte sich das MfS auf das Beobachten der „Protagonisten“. Inwieweit das MfS des Bezirks in Einzelfragen noch in der Lage war, Einfluss auf die Ereignisse des Herbstes 1989 zu nehmen, ist noch zu untersuchen.

18.09.1989	130	09.10.1989	4500	30.10.1989	20000
25.09.1989	450	16.10.1989	7000	06.11.1989	50000 – 80000
02.10.1989	1300	23.10.1989	30000 – 40000	13.11.1989*	8000 – 10000
				20.11.1989	30000

*Quelle: Landeshauptarchiv, Abt. Magdeburg, SED-Bezirksleitung, Nr. 22676, S. 115
ansonsten : „Anstiftung zur Gewaltlosigkeit“

Ungefähre Anzahl der Teilnehmer an den Montagsgebeten und den anschließenden Demonstrationen

INFORMATION

Das Ende der Bezirksverwaltung

Zu einer Zeit, als die Zahl der Demonstrationen und ihrer Teilnehmer im Bezirk gerade ihren Höhepunkt erreichte, informierte Wilfried Müller in seiner Eigenschaft als Leiter der Bezirksverwaltung seine Mitarbeiter über die Verwendungsmöglichkeiten sogenannter chemischen Einsatzmitteln gegen Demonstranten. Dies war am 4. November. Doch zu einem solchen Einsatz sollte es nicht kommen.



Reißwolf

Vier Tage später, einen Tag vor dem Fall der Berliner Mauer, wies Wilfried Müller dann für die Magdeburger Bezirksverwaltung mündlich den Beginn der sogenannten Reduzierung des Aktenbestandes an. Ende November gab er ergänzend dazu einen detaillierten schriftlichen Katalog der zu vernichtenden Unterlagen vor. Durch die Öffentlichkeit wurden entsprechende Aktivitäten des Geheimdienstes erst Anfang Dezember verstärkt wahrgenommen.

Obwohl die Zentrale des als Nachfolgeeinrichtung des MfS geschaffenen Amtes für Nationale Sicherheit der DDR aufgrund massiver öffentlicher Proteste schließlich am 4. Dezember anordnete, die Vernichtungen zu beenden, gingen beim inzwischen im Bezirk in vielen Städten aktiven Neuen Forum an diesem Tag und auch an den Folgetagen weitere entsprechende Hinweise ein.

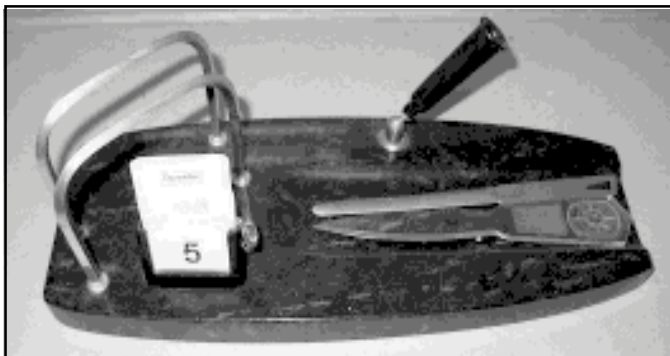
Nachdem Vertreter des Neuen Forums in Magdeburg am 4. Dezember diesbezüglich nur unbefriedigende Antworten von der MfS-Bezirksverwaltung erhielten, wurden am 5. Dezember in Magdeburg, aber auch in der Kreisstadt Havelberg, die Einrichtungen des MfS von friedlich agierenden Bürgern gesichert und einzelne Bereiche unter Mitwirkung der

Staatsanwaltschaft versiegelt.

Am gleichen Tage konstituierte sich in Magdeburg ein Bürgerkomitee, das am 6. Dezember vom Rat der Stadt autorisiert wurde, die weitere Vernichtung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes möglichst zu unterbinden.

In den Kreisen wurden in diesen Tagen weitere Dienstsitze der Staatssicherheit von Gruppen engagierter Bürger besetzt, so am 8. Dezember in Osterburg. In Klötze räumte der Geheimdienst an diesem Tag sogar die örtliche Dienststelle.

Als die Bezirksverwaltung schließlich am 12. Dezember 1989 ihre Tätigkeit offiziell eingestellt hatte und in den Folgewochen auch alle anderen Einrichtungen, einschließlich der Bezirkszentrale in Magdeburg-Sudenburg, geräumt werden mussten, waren vom Schriftgut des MfS zum Teil nur noch Rudimente als Beleg seiner früheren Tätigkeit geblieben.



*Wilfried Müllers Kalender
wurde ab 5. Dezember 1989 nicht mehr vom Besitzer bewegt*

Deutlich wird dies, betrachtet man die Hinterlassenschaft zweier ähnlicher Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung:

In der Kreisstadt Wanzleben waren im Jahr 1983, aus späterer Zeit liegen bisher keine Vergleichszahlen für die Kreisdienststellen vor, insgesamt 28 Mitarbeiter für die Region mit ihren rund 45.000 Einwohnern verantwortlich. Zu dieser Zeit umfasste das in der KD befindliche Aktenmaterial die Unterlagen der 241 Inoffiziellen Mitarbeiter aus dem Kreisgebiet, dazu Akten von sieben in Bearbeitung befindlichen Operativen Vorgängen und 13 Operativen Personenkontrollen.

Außerdem hatte die Kreisdienststelle ca. 21.000 Handakten über Personen, zu denen aus unterschiedlichsten Gründen Material gesammelt wurde, im Bestand.

Eine ähnliche Ausgangslage gab es in der Kreisdienststelle Wolmirstedt: Hier betrug die zu überwachende Einwohnerzahl fast 44.000. Mit den damit verbundenen vielfältigen Aufga-

INFORMATION

ben waren im Jahre 1983 insgesamt 32 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt. Diese hatten zu jener Zeit die Personal- und Berichtsakten von 245 Inoffiziellen Mitarbeitern in den Räumlichkeiten ihrer Dienststelle, dazu 4 Operative Vorgänge und 14 Operative Personenkontrollen. Der Handaktenbestand über Einwohner des Kreises umfasste fast 17.000 Einheiten.

Von der erstgenannten früheren Kreisdienststelle Wanzleben, die seit 1966 durch Oberstleutnant Heinz Bog geleitet worden war, sind Ende 1989, wie es in der Sprache der Archive heißt, insgesamt fast 120 laufende Meter Aktenmaterial aufgefunden worden. Die Dienststelle Wolmirstedt hat nur ca. 25 laufende Meter Akten hinterlassen.

Die Gründe, warum gerade die seit 1981 von Oberstleutnant Günter Künzel geleitete Kreisdienststelle Wolmirstedt so am Beseitigen ihrer Arbeitsbelege interessiert war, sind nicht bekannt.

Zu den von Wolmirstedt aus abzusichernden Schwerpunkten hatte im Bereich Volkswirtschaft der Kalibetrieb „Ernst Schneller“ Zielitz gehört, dessen Produkte zu 90 % in den Export gingen. Daneben zählten auch Einrichtungen der Getreidewirtschaft Haldensleben, deren Lagerbestände teilweise als Staatsreserve dienten, zum Verantwortungsbereich. Und auch für die im Kreisgebiet liegende Grenzregion des 24.000 ha großen Manöver- und Erprobungsgebiets der sowjetischen Streitkräfte, Polygon genannt, war die Kreisdienststelle verantwortlich gewesen.

Wilfried Müller beendete seine berufliche Tätigkeit als im SED-Parteiauftrag handelnder Geheimdienstmitarbeiter offiziell am 31. Januar 1990.

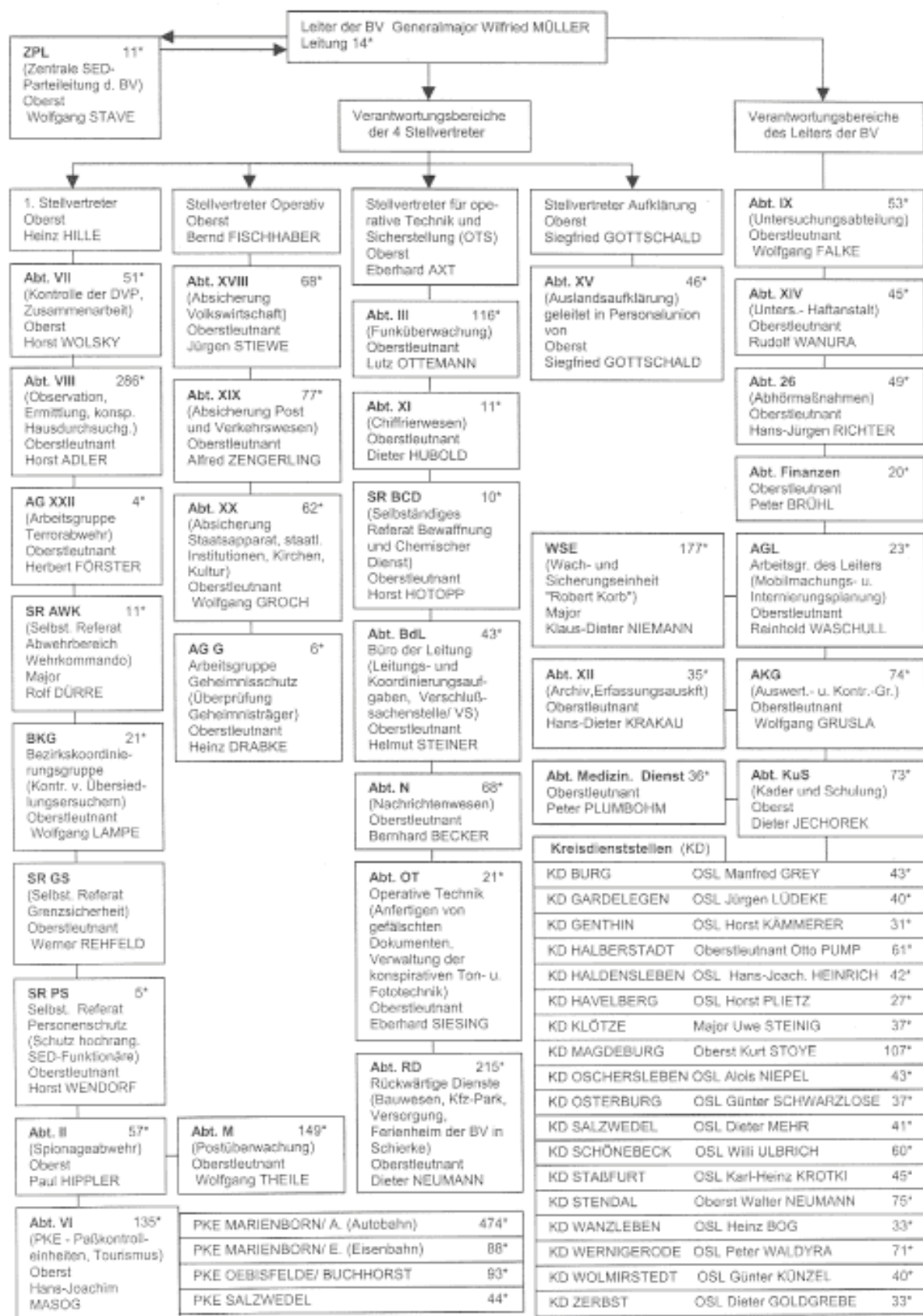
In einer Presseerklärung hatte er noch am 12. Januar den Lesern mehrerer Tageszeitungen des Bezirks versichert, dass beispielsweise „nachprüfbar“ an Inoffizielle Mitarbeiter des MfS zu keiner Zeit Gehälter gezahlt worden seien. Bezogen auf die in der DDR entstandene Situation verwies er in seiner Verlautbarung darauf, dass der Staatssicherheitsdienst durch das SED-Politbüro und seinen Generalsekretär Erich Honecker missbraucht worden sei. Den im Verlauf der Geschichte der DDR durch das Vorgehen des MfS „betroffenen Bürgern“ war, so Wilfried Müller, „einiges zugemutet“ worden.

Am 15. November 1993 ist Wilfried Müller in Magdeburg verstorben.



INFORMATION

Struktur der Bezirksverwaltung Magdeburg (Stand: Dez. 1989)



Quelle: BStU ZA HA KuSCH Abt. Planung, unerschlossenes Material

Anm.: * Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter, einschließlich HIM und OibE (Stand: Okt. 1989)

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Ziele der Unterrichtssequenz:

1. Die Schüler kennen die Gründe für den Volksaufstand.
2. Die Schüler wissen punktuell um den Verlauf des Volksaufstandes.
3. Die Schüler erkennen die Rolle der Staatssicherheit und die der Polizei beim Volksaufstand.

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
1. Unzufriedenheit mit dem gesellschaftlichen System der DDR auf allen Gebieten als Grund für den Volksaufstand am 17.6.1953	M 1.1 Foto M 1.2 Foto M 1.3 Folie 17. Juni 1953 (kann als Zusammenfassung dienen) M 1.4 Befehl des Militärkommandanten zur Verhängung des Ausnahmezustandes	<i>Brainstorming:</i> Sicherung bzw. Reaktivierung der Vorkenntnisse unter Einbeziehung der Materialien (Lehrervortrag/Schülerreferate/Forschungsaufträge für Schüler zur Materialsuche in Bibliotheken und Archiven) <i>Präsentation</i> der Ergebnisse auf Folie, als Wandzeitung, etc. möglich
2. Politische Unruhen in mehreren Bezirken als sichtbarer Ausdruck der Unzufriedenheit		<i>Lehrervortrag/Unterrichtsgespräch/Schülerreferate:</i>
3. Der Volksaufstand in Magdeburg - Beispiele	M 1.5 Erlebnisbericht von Horst Linowski M 1.6 Aufschlüsselung der Streikbewegung in Magdeburg M 1.7 Bericht der Polizei über den 17.6.1953 in Magdeburg M 1.8 Foto	<i>Textarbeit:</i> Schüler beantworten in Einzelarbeit Fragen zum Text und diskutieren anschließend die Ergebnisse im Plenum: 1. Wie verlief der 17. Juni 1953 für Horst Linowski? 2. Welche Gründe für die Verhaftung von Horst Linowski sind erkennbar? 3. Wie ist die Überschrift des Berichts zu verstehen? Tabelle wird im <i>Unterrichtsgespräch</i> kommentiert und diskutiert

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
4. Die Inhalte und Absichten der Propagandatätigkeit der Staatsicherheit	M 1.9 Bericht über die „Provokation der westlichen Imperialisten“	<i>Partner- oder Gruppenarbeit:</i> <ul style="list-style-type: none"> - Kritische Lektüre unter Beachtung der Wortwahl, die Propaganda und Wertungen enthält - Hinterfragen der Perspektive des Verfassers - Erstellen eines Berichtes aus der Sicht eines Studierenden - Frage nach Gründen für das systemkonforme Verhalten der Studierenden
5. Die Rolle der Staatsicherheit und der Polizei beim Volksaufstand	M 1.10 Belohnung der Sicherheitsorgane für ihren Einsatz am 17. Juni 1953	<i>Textarbeit:</i> Auswertung der Quelle im Hinblick auf die Bewertung der Unruhen und der Beteiligten, z.B. durch Verfassen einer schriftlichen Stellungnahme durch die Schüler

Materialien im Überblick:

- M 1.1 Foto: Magdeburg 17. Juni 1953 vor der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Halberstädter Straße 1–2. Das Foto zeigt die versammelten Menschen vor dem Eingreifen der sowjetischen Truppen.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. IX-6, 043
- M 1.2 Foto: Magdeburg 17. Juni 1953. Dieses Foto zeigt die gleiche Stelle an der Bezirksbehörde der Polizei wenig später nach dem Eingreifen der sowjetischen Armee.
Quelle: „Der Aufstand im Juni – Ein dokumentarischer Bericht“, Grunewaldverlag Berlin 1954
- M 1.3 Text: 17. Juni 1953 – Volksaufstand. Diese Folie kann als Zusammenfassung dienen.
- M 1.4 Foto: Befehl des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg über die Verhängung des Ausnahmezustandes. Quelle: Bund der Stalinistisch Verfolgten – Kreisverband Magdeburg, „Ein Gespenst ging um“, Betroffene erinnern sich 2, LStU 1996, S. 42
- M 1.5 Zeitzeugenbericht: Horst Linowski. Horst Linowski (geboren 1933) wurde als Jugendlicher am 17. Juni 1953 in Magdeburg verhaftet, weil er ein Plakat mit dem Befehl des Militärkommandanten zur Verhängung des Ausnahmezustandes herab gerissen hatte. Er wurde von einem Sowjetischen Militärtribunal zu einer Haftstrafe von 8 Jahren verurteilt. Am 29. November 1960 wurde er aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen und 1996 von Russland rehabilitiert. Der Bericht über die Ereignisse am 17. Juni 1953 an der Bezirksbehörde der Polizei ist ein Auszug aus einem längeren Bericht, welcher auch die Haftzeit beinhaltet.
Quelle: Bund der Stalinistisch Verfolgten – Kreisverband Magdeburg, „Ein Gespenst ging um“, Betroffene erinnern sich 2, LStU 1996, S. 41 ff

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

- M 1.6 Dokument: Bericht der Deutschen Volkspolizei über die Streikbewegungen in Magdeburg
Hierbei handelt es sich um eine Aufstellung des Volkspolizeikreisamtes Magdeburg vom 26. Juni 1953. Es wurden die Betriebe aufgenommen, die durch Betriebsschutz bewacht wurden und in denen am 17., 18., 19. und 20. Juni gestreikt wurde.
Quelle: LHA Sachsen-Anhalt, Rep. M24, BDVP Magdeburg 1952–1960, Nr. 181, S. 92 f
- M 1.7 Dokument: Bericht des Operativstabes des Volkspolizeikreisamtes Magdeburg vom 19. Juni 1953 über den Ablauf des 17. Juni 1953 aus Sicht der Polizei
Quelle: LHA Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 1952–1960, Nr. 181, S. 76–78
- M 1.8 Demonstration auf dem Breiten Weg in Magdeburg (an der Hauptpost vorbei). Das Foto wurde von Dieter Weckel aufgenommen und erst Monate später in einem zuverlässigen Fotolabor entwickelt. Auf diese Weise ist es erhalten geblieben.
- M 1.9 Dokument: Bericht über vermeintliche „Provokationen westlicher Imperialisten“ an der Fachhochschule für Bauwesen in Magdeburg vom 25. 6. 1953. Dieser Bericht fand sich in Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. Er wurde vermutlich von einem Lehrer geschrieben.
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AOP 1849/67, Bl. 263–265
- M 1.10 Text: Belohnung der Sicherheitsorgane für ihren Einsatz am 17. Juni 1953
Quelle: Beschluss des Ministerrates der DDR (BStU, ZA DSt 100180) in: Jens Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit, S. 23

Materialanhang:

M 1.3 Folie

17. Juni 1953 – Ein Volksaufstand

Anlass:	- Normerhöhungsforderungen an die Bauarbeiter Ost-Berlins
Gründe:	<ul style="list-style-type: none">- Ernährungskrise- allgemeine Versorgungskrise- Unzufriedenheit mit wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und politischem System der DDR
Forderungen:	<ul style="list-style-type: none">- Rücknahme der Normerhöhung- Rücktritt der Regierung- Freie Wahlen- Senkung der Lebenshaltungskosten
Folgen:	- gewaltsames Niederschlagen durch sowjetische Soldaten, Staatssicherheit und Volkspolizei

UNTERRICHTSSEQUENZ 1



M 1.1 Magdeburg 17. Juni 1953, Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, Abt. IX-6, 043



M 1.2 17. Juni 1953, Quelle: „Der Aufstand im Juni – Ein dokumentarischer Bericht“, Grunewaldverlag, Berlin 1954



M 1.4 Befehl des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg

Quelle: Bund der Stalinistisch Verfolgten – Kreisverband Magdeburg, „Ein Gespenst ging um“, Betroffene erinnern sich 2, LStU 1996, S. 42

UNTERRICHTSSEQUENZ 1



Horst Linowski, geboren 1933

Haft: 17.6.1953 bis 29.11.1960 (1996 von Russland rehabilitiert)

Der 17. Juni 1953, ein schwarzer Tag, auch in meinem Leben

Am 17. Juni 1953 begann ich um 6 Uhr im SAG-Betrieb (Sowjetische Aktiengesellschaft) „Ernst Thälmann“, vormals Krupp-Gruson-Werk, später SKET, in Magdeburg-Buckau meinen Arbeitstag als Kranführer. Am Abend zuvor hatten wir schon über Rundfunk vom Streik der Bauarbeiter in Berlin erfahren. Gegen 7 Uhr legte unser Betriebsteil die Arbeit nieder, und wir versammelten uns vor dem Werkstor. Dann kamen auch Arbeiter aus anderen Betriebsteilen. Plötzlich hieß es, wir ziehen von Betrieb zu Betrieb in der ganzen Stadt und fordern alle auf, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. So marschierten wir zu den umliegenden Betrieben und von dort in die Innenstadt, über den Hasselbachplatz in Richtung Krökentor. In meiner alten Berufsschule für Metallgewerbler und in der Ingenieurschule für Elektrotechnik „Am Krökentor“ forderte ich die Schüler und Studenten auf, sich mit am Streik der Arbeiter zu beteiligen. Als dann die Arbeiter aus Richtung Neue Neustadt und Rothensee kamen, wurde der Weg zurück über die Otto-von-Guericke-Straße zum Gefängnis in Sudenburg eingeschlagen.

Dort wurde die Freilassung der politischen Häftlinge gefordert. Als die Panzer der sowjetischen Armee um ca. 13 Uhr auf der Einmündung Halberstädter/Leipziger Straße erschienen und die Soldaten mit einem Steinhagel empfangen wurden, so dass sie ihre Köpfe wieder in ihre Panzer zurückzogen, wurde es sehr ernst. Die ersten Maschinengewehrsalven peitschten über die Streikenden. Nach mehreren Versuchen, mit den Soldaten ins Gespräch zu kommen, beruhigte sich die Lage etwas. Doch die Panzer, die in einer wogenden Menschenmenge eingeschlossen waren, bewegten sich unaufhaltsam und trieben die Streikenden aus der Umgebung des Gerichtsgebäudes und Gefängnisses fort. Mehrere Kameras hielten das Geschehen in Bildern fest. Vermutlich waren in der Menschenmenge auch Leute von der Stasi. Mein Arbeitskollege hatte mich bis dahin begleitet. Plötzlich war er nicht mehr da.

Gegen 14 Uhr ging ich wieder zu meiner Arbeitsstelle, und gegen 16 Uhr war ich zu Hause. Es war 19.30 Uhr, als meine Mutter mich zurückzuhalten versuchte, aber ich wollte mir noch das große Aufgebot der Panzergeschütze und Soldaten in unseren Grünanlagen ansehen. Weil ich kaum noch laufen konnte, nahm ich meines Bruders Fahrrad. 10 Minuten später wurde ich festgenommen. Der Grund für meine Verhaftung war, dass ich ein Flugblatt mit dem Befehl über den Beginn des Ausnahmezustandes in Deutschland zerrissen hatte. Herausgeber war die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland. Dieses Zerreißen war meinerseits eine impulsive Handlung und gleichzeitig die Erkenntnis der Ohnmacht gegenüber der sowjetischen Besatzung. Diese hatten mit Panzern, Geschützen und ihren Soldaten den spontanen Streik und die weitergehenden Forderungen nach freien Wahlen und der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands zunichte gemacht.

Nachdem ich das Flugblatt zerrissen hatte, wurde ich von einem der sowjetischen Soldaten aufgefordert, mitzukommen. Während ich mein Fahrrad etwas nach vorne schob, um abzu-steigen, ertönte ein Schuss in unmittelbarer Nähe meines Kopfes. Mein Kopf dröhnte, ich ließ das Fahrrad fallen und lief ca. 2 Schritte. Da bekam ich auch schon den Gewehrkolben in den Rücken gestoßen. Der Soldat übergab mich einem herbeigeeilten Offizier. Nach längerer Beratung der in der Encke-Kaserne anwesenden Offiziere wurde ich zu Dienststellen in der Stadt auf einem offenen LKW gefahren. Gegen 22.30 Uhr wurde ich dann im Polizeipräsidium (Halberstädter Straße) der Deutschen Volkspolizei übergeben und von dort an die Russen.

Am 4. Juli wurde ich von einem sowjetischen Militärtribunal zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt.

Am 29. November 1960 wurde ich durch einen Gnadenenerlaß des Staatsrates entlassen.

M 1.5 Zeitzeugenbericht Horst Linowski. Quelle: Bund der Stalinistisch Verfolgten – Kreisverband Magdeburg, „Ein Gespenst ging um“, Betroffene erinnern sich 2, LStU 1996, S. 41 ff

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

Magdeburg, den 26.6.1953

Index

Betr.: Aufschlüsselung der Streikbewegung in den durch BS
beachteten Betrieben.
Bezug: FS Nr. 771 v. 25.6.1953.

Betrieb:	Belegung:	Datum:	Früh-Normal	Spät	Nachtschicht:	Gesamt:
Ernst Thälmann	11.534	17.6. 18.6.	6200 1550	1000 -	1250 310	8450 1860
Lacke u. Farben	432	17.6.	16	-	-	16
Stahl u. Apparatebau	690	17.6. 18.6.	- 270	93 130	200 120	293 520
Diese Angaben sind nur geschätzt.						
Karl Marx	7213	17.6. 18.6.	4826 3500	1100 780	1200 840	7120 5080
Diese Angaben sind nur geschätzt.						
Karl-Liebknecht	11460	17.6. 18.6. 19.6.	(Schichten können nicht angegeben werden) 44 30	47 47 30	59 37	11200 160 90
VEM Anlagenbau	1500	17.6. 18.6.	876 140	arbeiten nur Normalschicht.		876 140
Diese Angaben sind nur geschätzt.						
Hans-Schellheimer	645	17.6. 18.6.	188 60	42 12	34 2	264 74
Stahlbau Mgdb.	418	17.6. 18.6.	- 19	60 -	- -	60 19
Fahlberg List	1460	17.6. 18.6.	1000 200	- -	- -	1000 200
Spezialarmaturen Fabrik Porzestr.	868	17.6. 18.6.	818 9	- -	- -	818 9
Grossarmaturen Werk (Polte)	1500	17.6.	70	(Nachtschicht konnte die nie Arbeit aufnehmen, da kein Dampf).		70
Minol	56	17.6.	32	arbeiten nur Normalschicht.		32
Georgij Dimitroff	1700	17.6.	1487	(Schichten können nicht angegeben werden)		1487 680

XX
XX
XX

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

00093

- 2 -

Betrieb:	Beleg- schaft:	Datum:	Früh- Normal	Spät	Nachtschicht:	Gesamt:

WV Magdb. Mittagstr.16	verweigert die Angaben.					
7. Oktober	1329	17.6.	667	88	49	804
		18.6.	542	61	13	616
Staatswerft	1332	17.6.	1313	-	-	1313
		18.6.	662	-	-	662
			in dieser Zeit wurde nur in Normalschicht gearbeitet.			
		19.6.	590	-	-	590
		20.6.	459	-	-	459
			am 19. und 20.6.53 wurden gute Genossen für die Spät- und Nachtschicht eingeteilt, so dass ein Ausfall nicht entstanden ist.			

Leiter der AGT, BS des VPEA
(Fahren
VF-Rat

M 1.6 Bericht der Deutschen Volkspolizei über die Streikbewegungen in Magdeburg
Quelle: LHA Sachsen-Anhalt, Rep. M24, BDVP Magdeburg 1952-1960, Nr. 181, S. 92 f

VPKA Magdeburg
Operativ-Stab

Magdeburg, d. 19. 6.53

00076

Am 17.6.53, 5.40 Uhr, wurde im OP-Stab eine Besprechung mit sämtlichen Abteilungsleitern durchgeführt.

Gegen 7.00 Uhr wurden Besprechungen mit sämtlichen ABW's und den BS-Revierleitern durchgeführt.

Bei der ersteren Besprechung war der Gen. Chefinspekteur Paulsen anwesend. Anschließend gingen die Genossen Revierleiter in ihre Reviere und gaben die besprochenen Richtlinien bekannt.

Gegen 7.25 Uhr wurde vom Karl Marx-Werk (Betrieb 500) gemeldet, daß die Arbeiter dort streiken. Das gleiche wurde vom Sanarwerk (Gießerei) gemeldet sowie von den Magdeburger Verkehrsbetrieben.

Gegen 8.45 Uhr wurden im Stadtteil Nord sämtliche Verkehrslinien von Provokateuren angehalten und die Werktätigen zum Streik aufgefordert.

Gegen 9.15 Uhr erfolgte ein Demonstrationsszug innerhalb des Thälmann-Werkes, was übertragen wurde auf das Dimitroff- und Karl Liebknecht-Werk. Der größte Teil der Arbeiter schloß sich dem Zug an. Es wurden Losungen mitgeführt wie z.B. "Wir fordern freie Wahlen, Senkung der HO-Preise und Freilassung der politischen Gefangenen." Weiterhin "Magdeburger, folgt den Berlinern".

Die Reviere wurden verstärkt, ebenso die Abt. K und PM. Die Abt. K entsandte Kräfte in die Schwerpunkte der Stadt, welche sich halbstündlich im OP-Stab fernmündlich meldeten.

Gegen 9.25 begannen die Demonstrationsszüge im Stadtteil Nord, Straßenbahnhaltestelle Alexanderstraße und in der Straße der DSt, beide in Richtung Stadtmitte.

Zu dieser Zeit griff die Streikbewegung bereits auf alle Betriebe über. Lediglich im Sanarwerk wurde gegen 9.40 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Demonstranten überstiegen gegen 10.00 Uhr die Tor bei der Abt. VK, wurden jedoch durch Diskussionen zurückgewiesen.

In der Werkzeugmaschinenfabrik Mittelsstraße wurde eine personelle Unbesetzung der gesamten Fabrikleitung gefordert.

Sämtliche Dienststellen der Deutschen Post, Telegrafenhäuser, Umspannwerke usw. wurden angewiesen, sofort zu schließen.

Gegen 10.20 Uhr drangen ca. 300 Personen auf den Hof des VPKA (Sternstraße), verließen denselben jedoch wieder. Es wurde lediglich gefordert, sämtliche Transparente von den Häusern abzunehmen, welches auch getan wurde.

In der Zwischenzeit wurden durch die Demonstranten im gesamten Stadtgebiet Transparente von den Häusern gerissen, weiterhin Straßenschilder, Schaukästen der Nationalen Front usw.

Gegen 10.35 Uhr drangen die Demonstranten in die Gebietsleitung des FDGB, Ratswaageplatz, ein, schlugen die Funktionäre und warfen die Akten auf die Straße.

Es fuhren LKW's durch die Stadt und forderten nochmals die Betriebe zum Streik auf.

Gegen 11.00 Uhr kam ein Gegendemonstrationsszug der Kreispartei-schule in Stärke von ca. 25 Genossen, dem am Hasselbachplatz die Fahne entwendet wurde und durch Schläge zur Auflösung kam.

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

-2-

00077

Danach wurde die Redaktion der Volksstimme gestürmt und dabei der Chefredakteur leicht verletzt. Zu dieser Zeit wurde in die SED-Kreis- und Bezirksleitung eingedrungen, sowie auch im Fernmeldeamt und Verwaltungen eingerichtet. Weiterhin wurde das Gebäude der Bezirksleitung der FDJ sowie der Gesellschaft für Sport und Technik gestürmt und teilweise geplündert.

Gegen 11.40 Uhr erschien der Demonstrationsszug vor dem Gebäude der der HDVP. Die Demonstranten wollten in das Gebäude eindringen, weiterhin in die UHA II sowie in Strafvollzug Sudenburg. Durch intensive Diskussionen vor dem Gebäude, welche besonders durch die VP-Kommandeure Hübner und Lohse geführt wurden, wurden die Demonstranten ca. 1/2 Stunde aufgehalten. Danach umzingelten sie das gesamte Gebäude, drangen über den Hof sowie durch die Eingänge ein und demolierten einige Zimmer. Mit den Demonstranten wurden Diskussionen und Auseinandersetzungen geführt, wonach sie das Gebäude verließen. Einige befanden sich im Keller der Haftanstalt, andere versuchten von der 1. Stage aus Löcher in die Wand zur Haftanstalt zu schlagen.

Nachdem fielen einige Schüsse aus Richtung Strafvollzug Sudenburg, welches die Demonstranten anreizte, wieder verstärkt zu stürmen. Hierbei wurden 3 VP-Angehörige erschossen. Das Tor des Strafvollzugs Sudenburg wurde in Brand gesetzt, indem Schriftstücke, welche aus dem Justizgebäude und dem obersten Stockwerk der HDVP entwendet worden sind, angezündet wurden.

Gegen 12.10 Uhr erschienen Einheiten von den sowj. Freunden, welche von den Demonstranten bedroht und beschimpft wurden. Während dieser Zeit warfen die Demonstranten mit Steinen in die Fenster des Gebäudes der HDVP und folgten den Anordnungen betreffs Zurückgehen nicht. Der Rat des Bezirkes, Genosse Hegen, hielt eine Ansprache, welche durch Pfeifkonzerte mehrmals unterbrochen wurde. Die Freunde gaben einige Warnschüsse ab und es gelang erst später, nach der Bekanntgabe des Ausnahmezustandes, die Demonstranten unter Schwierigkeiten zurückzudrängen. Hierbei wurden ebenfalls Angehörige der Roten Armee mit Steinen beworfen.

In der Zwischenzeit versuchten die Demonstranten in die VP-Unterkunft Draisweg einzudringen. Weiterhin wurde der Stadtfunk von den Provokateuren besetzt und es kamen provokatorische Aussagen gegen die VP zur Durchsage.

Gegen 14.25 Uhr erfolgte offiziell der Befehl des Militärkommandanten der Stadt Magdeburg des Ausnahmezustandes.

Gegen 19.05 Uhr wurde die Kreisparteischule und das Revier Südwest von Demonstranten bestürmt und geplündert.

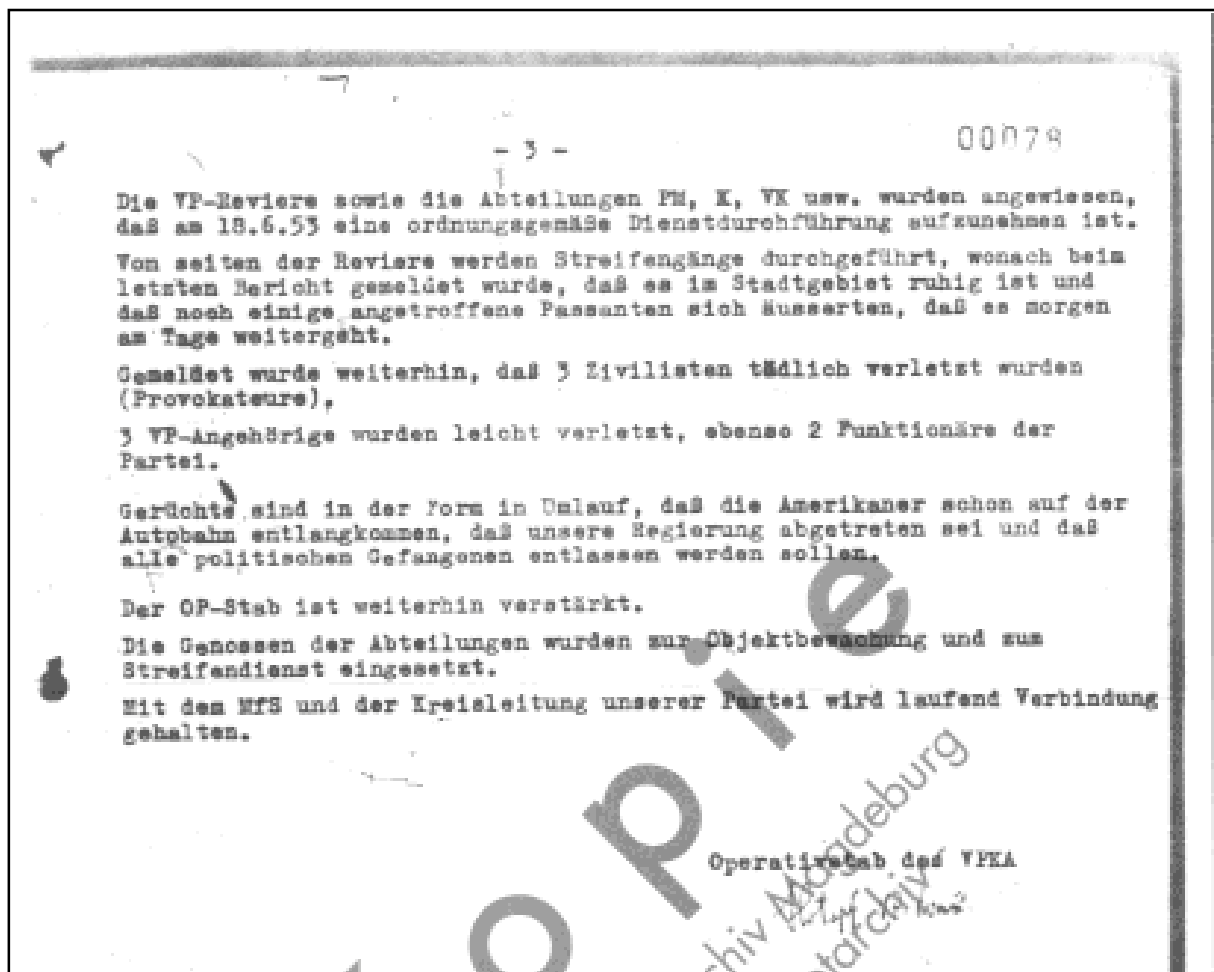
Gegen 21.30 Uhr sammelten sich einige Jugendliche vor der HO-Gaststätte Landhaus Diesdorf. Nach Einsatz des Schnellkommandos wurden die Täter dem MfS übergeben.

Gegen 22.30 Uhr verlangten einige Provokateure von der Wache in der Konsumhülle wichtige Unterlagen, die dort von Genossen der Partei bewacht wurden.

Vom Parteisekretär des Stadtbezirkes Mitte wurde mitgeteilt, daß in Diesdorfer Graseweg bei ~~W~~ ein Komitee gebildet wird, welches sich mit Demolierungen von Wohnungen der Funktionäre beschäftigt. Nach erfolgtem Einsatz wurde der Hauptführer festgenommen.

-3-

UNTERRICHTSSEQUENZ 1



M 1.7 Bericht des Operativstabes des Volkspolizeikreisamtes Magdeburg vom 19. Juni 1953 über den Ablauf des 17. Juni 1953

Quelle: LHA Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 1952–1960, Nr. 181, S. 76–78



M 1.8 Demonstration auf dem Breiten Weg in Magdeburg (Foto: Dieter Weckel)

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

Fachschule für Design
Magdeburg, Am Kl. 2
Fernsprecher: 2. 549

BSU

000263

14

- 14 -

B e r i c h t über die Provokationen der westlichen Imperialisten. am 17.6.53 an unserer Schule.

Unsere Schule erhielt erst Kenntnis von den Provokationen, nachdem ein grösserer Zug, der sich grössten Teils aus Jugendlichen zusammensetzte, an unserer Schule vorbeizog. Wir konnten feststellen, dass sie ein Transparent mitführten, auf dem u.a. geschrieben stand: " Wir fordern für Krupp (die Punkte sollen noch einen Satz darstellen, der unsererseits nicht buchstabiert werden konnte)."

Als gegen 11 Uhr dieser Zug mit einem fürchterlichen Getöse die Strasse entlangzog, kamen auch schon unsere Schüler aus den Klassen, um zu sehen, was los ist. Es gelang uns, die Schüler zurückzuhalten. Im gleichen Moment drang auch schon eine ganze Reihe solcher Rowdies in unser Gebäude ein. Wir riefen den Schülern zu: " Bleibt stehen, lasst Euch nicht provozieren".

Die Rowdies forderten die Studierenden auf, an den Demonstrationen teilzunehmen. Sie riefen, die DDR ist kaputt, nieder mit der Regierung. Als die Provokateure merkten, dass die Schüler ihnen nicht folgten, drangen sie in die oberen Stockwerke ein, und versuchten noch die in den Klassen befindlichen Studierenden zu holen, was ihnen auch nicht gelang. Wie die Provokateure merkten, dass sie keinen Erfolg hatten, fingen sie an, Transparente und Bilder zu demolieren (im Ganzen wurden 7 Bilder zerstört und das Karl-Marx-Bild an der Fassade heruntergerissen; was aber am nächsten Morgen schon wieder angebracht war). Weiterhin wurde die Beschriftung an der Karl-Marx-Ecke abgerissen und die Karl-Marx-Büste umgestossen, die aber unbeschädigt blieb. Die Buchausstellung im Rahmen des Karl-Marx-Jahres wurde überhaupt nicht berührt.

Der Anführer der Rowdies liesserte sich aus [REDACTED]: " Morgen gehst Du zum Steinklopfen und sitze da." Er schrie weiter: " Ihr seid alle Feiglinge, wenn Ihr nicht mitgeht. Wenn Ihr alle geht (gemeint waren der [REDACTED] und die führenden Funktionäre) dann kommen alle anderen mit."

Wir konnten feststellen, dass alle Studierenden nur aufpassten, wie sich die führenden Funktionäre verhielten. Sie suchten einen

-2-

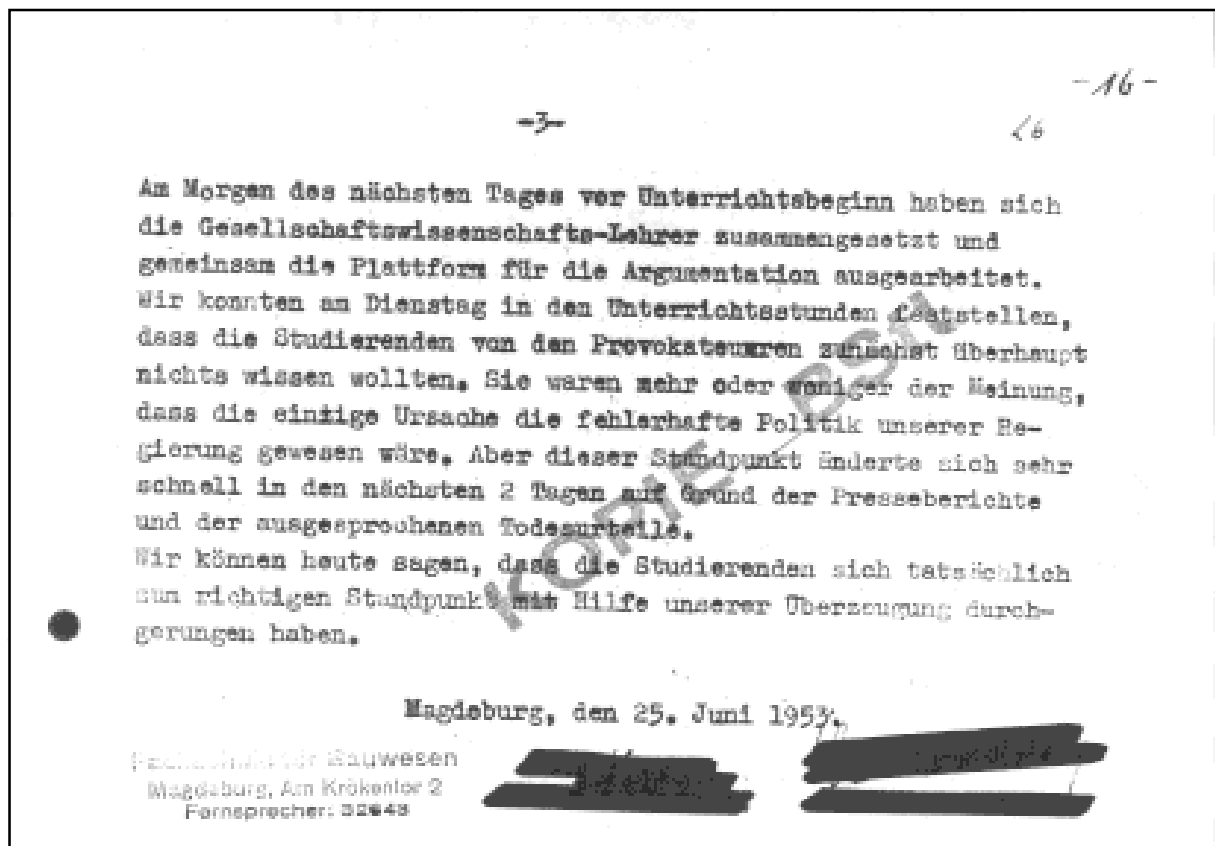
15 15.

Halt. Die führenden Funktionäre blieben alle vor der Studierenden-schaft stehen, sprachen fest garnicht, liessen die Rowdies schief-
Gern. Wir glaubten dadurch, dass wir unser Gebäude vor grossen
Schaden erhalten konnten und zum anderen, das war das Wichtigste,
die Studierenden zurücksuhalten, was uns auch gelang. Nach
cirka 15 Minuten zogen die Provokateure wieder ab, ohne jeglichen
Erfolg. Nachdem sie weg waren, wurde der [REDACTED]
[REDACTED] von cirka 200 Schülern umkreist, die wissen wollten, was
eigentlich los sei, denn wir wurden alle buchstäblich über-
rascht. Hier trat nun sofort ein Studierender namens [REDACTED]
der jetzt seine Ingenieurprüfung ablegt, an den [REDACTED]
[REDACTED] hören und fing in das gleiche Horn zu blasen wie
die Rowdies. Er schrie den Genossen [REDACTED] ins Gesicht: "Ich
stehe mit Ihnen nun 3 Semester feindlich gegenüber. Jetzt ist
es Zeit, wo ich mir Luft machen kann. Mir ist es egal und wenn
ich auch die Prüfung nicht bestehe." Er sagte weiter zum Gen.
[REDACTED] "Wären Sie doch weggegangen, dann wären alle Studierenden
mitgegangen." Aber aus Angst sind sie zurückgeblieben". Die
Genossen [REDACTED] und [REDACTED] haben den Studierenden schon im Flur
erklärt, was es für Elemente waren. Davon wollte aber [REDACTED]
nichts wissen, je er reif sogar den Studierenden zu: "Los, kommt
mit, los wir streiken mit." Ihm folgte aber niemand. Jedoch ein
Studierender (Genosse [REDACTED]) wollte noch mit. Der Genosse
[REDACTED] der zuerst dem [REDACTED] folgen wollte, wurde durch die
überzeugenden Worte des Genossen [REDACTED] zurückgehalten. Nach
Abschlag der Rowdies fand im Kultursaal eine Schülerversammlung
statt, bei der Gen. [REDACTED] den Studierenden erklärte, was
diese Provokateure erreichen wollten. Gegen 11.45 Uhr wurde dann
der Unterricht geschlossen. Am nächsten Tage waren alle Stu-
dierenden wieder da. Nach dieser Schülerversammlung fand eine
Parteiversammlung statt, wo diese Provokation durchgesprochen
und gleich für die nächsten 2 Tage Wachen eingeteilt wurden.
Die zur gleichen Zeit laufenden Aufnahmeprüfungen fanden statt.
In mündlichen wurde nur in Mathematik geprüft, weil der grösste
Teil der Prüflinge von auswärts war und sonst die Tage nicht
erreicht hätte.

Fachschule für Bauwesen
Magsburg, Am Krökenhor 2
Telefon: 22443

000264

UNTERRICHTSSEQUENZ 1



M 1.9 Dokument des Ministerium für Staatssicherheit
Bericht der Fachhochschule für Bauwesen Magdeburg vom 25.6.1953
Quelle: BStU, Ast. Magdeburg, AOP 1849/67, Bl. 263–265

M 1.10 Folie

Belohnung der Sicherheitsorgane für ihren Einsatz am 17. Juni 1953

Die Angehörigen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit haben im Einsatz gegen die faschistischen Provokateure treu und ohne Rücksicht auf persönliche Opfer ihre Pflicht gegenüber unserer Bevölkerung und der Regierung mit Mut, Entschlossenheit und ohne Schwankungen erfüllt.

Die hohe politische Moral der Volkspolizisten und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit fand auch darin ihren Ausdruck, daß sie in enger Zusammenarbeit mit der werktätigen Bevölkerung zwischen irregeleiteten und mißbrauchten Arbeitern einerseits und andererseits den faschistischen Provokateuren, für die es keinerlei Schonung geben kann, zu unterscheiden wußten ...

Die zuständigen Minister werden beauftragt: Allen an der Niederwerfung dieser faschistischen Provokation beteiligten Angehörigen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit einen Sonderurlaub zu gewähren.

Quelle: Beschluß des Ministerrates der DDR (BStU, ZA DSt 100180) in: Jens Gieseke, Die DDR-Staatssicherheit, S. 23

UNTERRICHTSSEQUENZ 1

Weiterführende Anregungen:

1. Zur Vorgeschichte des 17. Juni 1953: „Die Farce“ von Elisabeth Graul (Barleben)
Frau Graul war Mitglied einer Widerstandsbewegung, welche sich für eine Demokratisierung in der DDR einsetzte. Sie wurde 1951 verhaftet und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, später wurde die Strafe auf 10 Jahre reduziert. Sie verbüßte die Haft im Frauengefängnis Hoheneck. Anschließend arbeitete sie in Magdeburg am Puppentheater und an der Musikschule. Heute ist sie rehabilitiert.

Buch: Elisabeth Graul, Die Farce

Film: „Die Farce – Geschichte einer Verhaftung“ (30 Min.) erhältlich in der Medienzentrale

2. Gespräch mit Horst Linowski oder anderen Zeitzeugen (Vermittlung über die Verfolgtenverbände möglich)
3. Besuch des Platzes des 17. Juni in Magdeburg oder der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz anlässlich einer Gedenkveranstaltung



Literatur:

1. magdeburger museumshefte 2, Magdeburg 17. Juni 1953 (1993)
2. „Ein Gespenst ging um“, Betroffene erinnern sich 2, LStU 1996
3. „Wirkungsstätten stalinistischen Terrors in der SBZ/DDR – Magdeburg“, Betroffene erinnern sich 8, LStU 1998

UNTERRICHTSSEQUENZ 2

Der Ausbau des MfS nach dem Volksaufstand

Ziele der Unterrichtssequenz:

1. Die Schüler kennen die neuen Aufgaben des MfS nach dem Volksaufstand und die Auswirkungen auf die Bevölkerung.
2. Die Schüler bewerten die Beschlüsse des SED-Politbüros vom 23.9.1953.

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
1. Die Aufgaben des MfS nach dem 17. Juni 1953	<p>M 2.1 Die Aufgaben der Staatssicherheit nach der Junikrise</p> <p>M 2.2 Folie Aufgaben des MfS</p> <p>M 2.3 Lückentext</p>	<p><i>Textarbeit:</i> Nach der stillen Textlektüre reduzieren die Schüler in Einzel- oder Partnerarbeit jeden Gliederungspunkt auf einen Stichpunkt. Auf dieser Grundlage referiert ein Schüler die Aufgaben der Staatssicherheit vor der Klasse.</p> <p>Vergleich mit Folie möglich</p> <p>Ergänzung des Lückentextes und Klärung der Bedeutung der Schlüsselwörter (z. B. revolutionäre Wachsamkeit ...)</p> <p>Zusammenfassung der Anforderungen an MfS-Mitarbeiter, z. B. in einem fiktiven Einstellungsgespräch</p>
2. Die Auswirkungen auf die Bevölkerung an einem Beispiel (Einfluss der Teilnahme an der Jugendweihe auf die Schullaufbahn)	<p>M 2.4 Die Jugendweihe zu Beginn der 60er Jahre</p>	<p><i>Unterrichtsgespräch:</i> Zu den Zukunftserwartungen der heutigen Jugendlichen und zu den Voraussetzungen für Schullaufbahnmöglichkeiten bzw. Berufswahl</p> <p><i>Kurzreferate</i> über Inhalte und Bedeutung von Jugendweihe, Konfirmation und weiterer Initiationsriten, die heute üblich sind.</p> <p>Vergleich der Ergebnisse mit der Quelle M 2.4</p>

UNTERRICHTSSEQUENZ 2

Themen/Inhalte	Materialien/Medien	Hinweise zur Umsetzung im Unterricht
	M 2.5 Die abgelehnte Aufnahme eines Schülers in eine Mittelschule	<p><i>Textlektüre:</i> Formulieren der gegebenen Begründung für die Ablehnung</p> <p><i>Kreatives Schreiben</i> Verfassen eines Antwortbriefes aus heutiger Sicht</p> <p><i>Diskussion</i> um Chancengleichheit; Leistungsgesellschaft und Demokratieverständnis bieten sich an</p>

Materialien im Überblick:

- M 2.1** Text: Die Aufgaben der Staatssicherheit nach der Junikrise
 Quelle: Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998 (veröffentlicht in: Jens Giesecke, Die DDR-Staatssicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 25)
 Der 17. Juni 1953 war Ausgangspunkt für zahlreiche Sicherungsmaßnahmen. Um ähnliche Aufstände in Zukunft gleich verhindern zu können, wurden die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen (bestehend aus der Polizei, der Armee, dem Staatsapparat und dem MfS unter Führung der SED) gegründet. Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ wurden in den volkseigenen Betrieben aufgestellt. Zusätzlich wurden die innere Überwachung der Bevölkerung sowie die Propaganda, dass der Auslöser für politischen Protest in der DDR in Westdeutschland lag, verstärkt. Das brachte mit sich, dass besonders Verbindungen zwischen den beiden deutschen Staaten argwöhnisch beobachtet wurden.
- M 2.2** Folie: Aufgaben des MfS nach dem 17. Juni 1953
- M 2.3** Lückentext: Eigenschaften, die ein Beschäftigter in einer MfS-Untersuchungshaftanstalt haben musste
 Diese Anforderungen können auf alle Mitarbeiter des MfS übertragen werden.
- M 2.4** Text: Die Jugendweihe zu Beginn der 60er Jahre
 Schreiben des Bezirksausschusses für Jugendweihe Magdeburg vom 25.3.61 über die Einschätzung der Situation auf dem Gebiet der Jugendweihe (Auszug)
 Quelle: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. P 13 SED-BL Magdeburg, Nr. IV/2/9.02/11, Bl. 227, 228
 Die SED versuchte planmäßig, besonders die Jugendlichen an ihre Politik zu binden. In dieser Aufstellung wird deutlich, dass der Anteil der Jugendweihe Teilnehmer seit 1955 stetig anstieg. Gleichzeitig ging die Anzahl der Konfirmanden zurück.

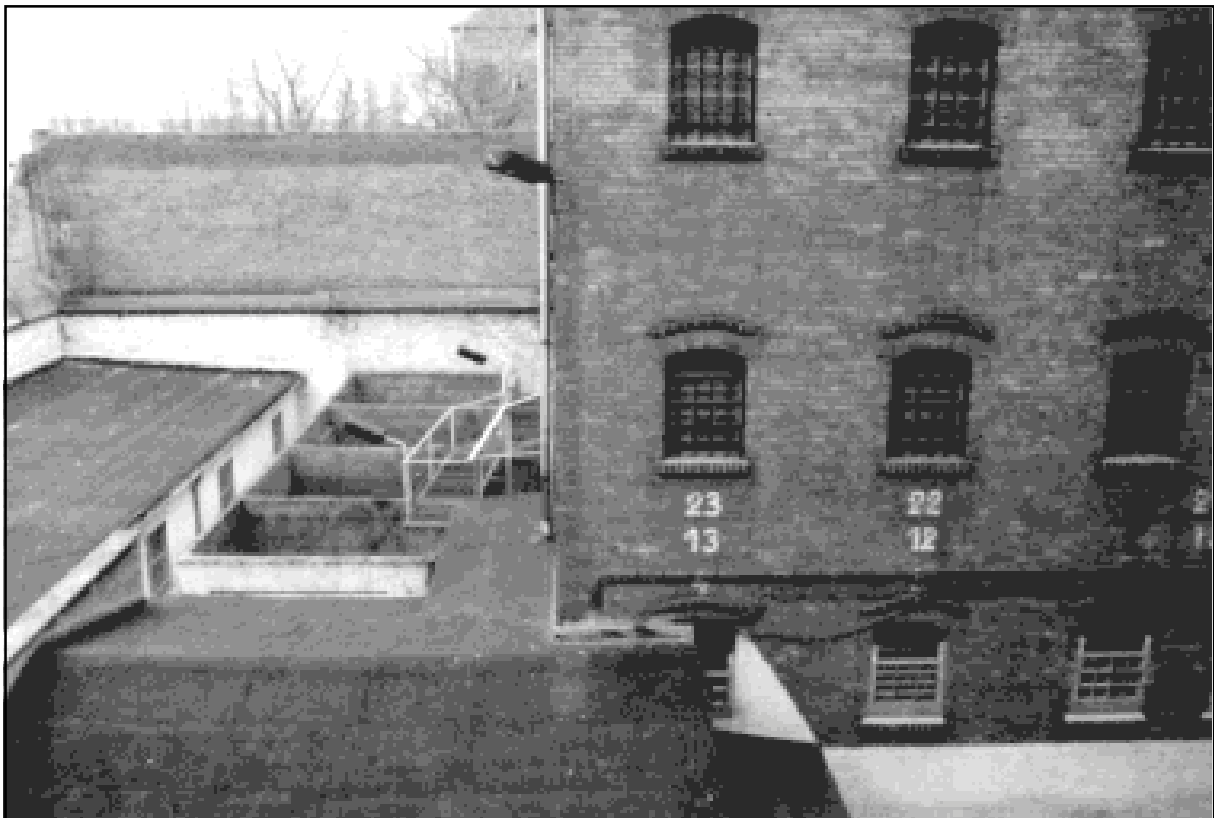
UNTERRICHTSSEQUENZ 2

M 2.5 Dokument: Die abgelehnte Aufnahme eines Schülers in die Mittelschule
Quelle: Stadtarchiv Magdeburg, Rep. 41/311 (veröffentlicht in: Dr. Erhard Raschke, Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen, Betroffene erinnern sich 12, LStU 2000)

Der Schüler war wegen seines christlichen Glaubens nicht Mitglied der Pioniere und der FDJ geworden und hatte auch nicht an der Jugendweihe teilgenommen. Das waren die eigentlichen Gründe für die Ablehnung. Auch eine Beschwerde des Vaters beim Oberbürgermeister von Magdeburg brachte keinen Erfolg. Erst viel später bekam er die Möglichkeit zu einem Fernstudium.

Literatur:

1. Dr. Erhard Raschke, Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen, Betroffene erinnern sich 12, LStU 2000
2. Sascha Möbius, „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden.“ – Die MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt von 1957 bis 1970, Magdeburg 1999
3. „Erich Mielke – Ein deutscher Jäger“, Der Hörverlag, MC, 61 Min., ISBN 3-89584-259-1



Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg

UNTERRICHTSSEQUENZ 2

Materialanhang:

M 2.1 Die Aufgaben der Staatssicherheit nach der Junikrise:

Aus einem Beschluss des SED-Politbüros vom 23. September 1953:

- a) *Die Durchführung einer aktiven Aufklärungsarbeit in Westdeutschland und Westberlin mit dem Ziel des Eindringens in die wichtigsten Institutionen der westlichen Besatzungsmächte, der Bonner Regierung, in die Zentralvorstände der SPD und der bürgerlichen Parteien und besonders in ihre Ostbüros, in den Kreis westdeutscher Industrieller und anderer monopolistischer Vereinigungen, in militärische und wissenschaftliche Forschungsämter und Institutionen.*
- b) *Die Durchführung einer aktiven Spionageabwehr in Westdeutschland und Westberlin sowie auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Das Eindringen der Informanten in die Spionageorgane, Schulen und Zentren von Spionage- und Diversionsorganisationen zwecks Aufdeckung der Pläne und Absichten des Feindes sowie der in die DDR, UdSSR und in die Länder der Volksdemokratien eingeschleusten Agenten der feindlichen Spionagedienste, der westdeutschen und Westberliner Spionage-, Diversions- und terroristischen Organisationen.*
- c) *Die Durchführung der Agenturarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik innerhalb der bürgerlichen politischen Parteien, der gesellschaftspolitischen Massenorganisationen und der kirchlichen Organisationen, in den Kreisen der Intelligenz und der Jugend zwecks Aufdeckung von illegalen antidemokratischen Organisationen und Gruppen und der Beseitigung ihrer Zersetzungstätigkeit.*
- d) *Die Durchführung des Kampfes gegen Schädlingstätigkeit, Sabotage und Diversion in der Volkswirtschaft, die rechtzeitige Aufdeckung und Abstellung der Zersetzungstätigkeit ausländischer Spionagedienste und ihrer Untergrundorganisationen in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Transportwesen, um die Durchführung des neuen Kurses zu gewährleisten, der auf eine entschiedene Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung der DDR gerichtet ist.*
- e) *Die Durchführung der Abwehrtätigkeit unter dem Personal der Kasernierten, See-, Luft-, Transport- und übrigen Volkspolizei einschließlich Kriminalpolizei, mit dem Ziel, diese Organe vor dem Eindringen der Agenten der imperialistischen Spionagedienste und der westdeutschen Untergrundzentralen zu schützen.*
- f) *Die Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes der verantwortlichen Funktionäre der Partei und Regierung.*
- g) *Die Gewährleistung einer exakten Zusammenarbeit der Staatssicherheitsorgane mit den Polizeiorganen im Zentrum und in den nachgeordneten Dienststellen.*

Das ZK der SED lenkt die Aufmerksamkeit der Staatssicherheitsorgane besonders auf die Notwendigkeit einer wesentlichen Verstärkung der Arbeit in den Bezirken und Kreisen, wo eine Konzentration von ehemaligen Sozialdemokraten, ehemaligen Faschisten und bürgerlichen Spezialisten, die in Verbindung mit westdeutschen und Westberliner Konzernen stehen, festgestellt ist.

Das ZK verlangt von den Staatssicherheitsorganen die Aufdeckung und Entlarvung der Untergrundorganisationen der westdeutschen und Westberliner Zentralen in Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden, Jena und anderen Städten, wo während der Provokationen am 17. Juni 1953 die aktivste faschistische Tätigkeit zu verzeichnen war.

Quelle: Jens Giesecke, Die DDR-Staatssicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 25

UNTERRICHTSSEQUENZ 2

M 2.2 Folie:

Aufgaben des MfS nach dem 17. Juni 1953

- aktive Aufklärungsarbeit in der BRD und Westberlin
- Spionageabwehr in der BRD und Westberlin
- Aufklärung innerhalb der DDR bei bürgerlichen Parteien
z. B. CDU, LDPD
- Kampf gegen „Schädlingstätigkeit, Sabotage und Diversion“
- Durchführung der Abwehrtätigkeit unter dem Personal der Bewaffneten Organe
- Schutz der Funktionäre der Partei und Regierung
- Zusammenarbeit des MfS mit der Volkspolizei

M 2.3 Lückentext:

Eigenschaften, die ein Beschäftigter in einer MfS-Untersuchungshaftanstalt haben musste

Aufgabe:

Lesen Sie diesen Text aufmerksam und ergänzen Sie die fehlenden Worte.

„Der Umgang mit erfordert ein hohes und unbedingte Treue zur Partei der und zur Regierung unseres sozialistischen Staates. Deshalb müssen die Angehörigen der XIV der Organe des MfS bei der Ausübung ihres höchste revolutionäre Wachsamkeit, militärische und hohe Einsatzbereitschaft beweisen.“

Aus dem Entwurf der Dienstanweisung über politisch-operative Dienstdurchführung in den Diensteinheiten XIV der Organe des MfS vom 7. 5. 1969

- Dienstes
- Diensteinheiten
- Häftlingen
- Klassenbewusstsein
- Arbeiterklasse
- Disziplin

UNTERRICHTSSEQUENZ 2

M 2.4 Die Jugendweihe zu Beginn der 60er Jahre

*Bezirksausschuss für Jugendweihe Magdeburg
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 59 a, den 25.3.61*

Einschätzung der Situation auf dem Gebiet der Jugendweihe

In den mehr als 6 Jahren ihres Bestehens hat sich die Jugendweihe in der Deutschen Demokratischen Republik als ein notwendiger und organischer Bestandteil im System der sozialistischen Erziehung und Bildung der jungen Generation erwiesen. Sie hat sich immer mehr durchgesetzt und ist zu einer festen Tradition im gesellschaftlichen Leben geworden. Die Mehrheit der Eltern begrüßt die Jugendweihe als eine Einrichtung, die unsere jungen Menschen auf das Leben der Erwachsenen im Sozialismus vorbereitet. Besonders im Anschluß an Jugendweihefeiern bringen immer wieder Eltern zum Ausdruck, daß unsere Jugendweihe eine sinnvolle, würdige Veranstaltung ist, die jedem Kind ermöglicht werden sollte. Im Laufe der letzten Jahre ist die Jugendweihe immer mehr zu einer Familienfeier geworden. Es gibt kaum noch Jugendliche, deren Jugendweihe nicht auch im Kreise von Verwandten und Bekannten im Familienkreise gefeiert wird.

Die Entwicklung der Jugendweihe läßt sich in gewisser Weise an den Teilnehmerzahlen darstellen. Bezogen auf die Schüler des 8. Schuljahres nahmen an der Jugendweihe teil:

1955	17,1 %	1959	88,2 %
1956	26,1 %	1960	94,5 %
1957	29,6 %	1961	96,5 %
1958	49,6 %		

Dieser Aufschwung ist zurückzuführen auf die stetige Bewußtseinsentwicklung unserer Bevölkerung. Besonders deutlich wurde dieser Aufschwung im Jahre 1960. 1960 nahmen 10.514 Jungen und Mädchen an der Jugendweihe teil. Es fanden 292 Feierstunden statt, die von 93.800 Gästen – darunter vielen westdeutschen – besucht wurden. Im Verhältnis der Jugendweihe zur Konfirmation bzw. Kommunion ergab sich auf die Gesamtzahl der Schüler des 8. Schuljahres bezogen folgendes Bild:

<i>Jugendweihe insgesamt</i>	<i>Jugendweihe (keine Konf.)</i>	<i>Konfirm. (keine JW)</i>	<i>Jugendweihe und Konf.</i>
94,5 %	78,8 %	5,5 %	15,7 %

Stand der Arbeit auf dem Gebiet der Jugendweihe in der Jugendweiheperiode 1961

1. Werbung und Aufklärung

Wie bereits schon in der Jugendweiheperiode 1959/60 waren nur noch in Ausnahmefällen längere Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den Eltern notwendig, um die Teilnahme ihrer Kinder an der Jugendweihe zu erwirken.

Diese an sich positive Erscheinung wirkte sich in einigen Kreisen insofern negativ aus, als das der Kontakt mit den Eltern vernachlässigt wurde, daß das politische Gespräch nicht geführt wurde und die Werbung und Aufklärung zur Routine wurden. Die bisher noch nicht gewonnenen Eltern setzen sich vorwiegend aus religiös sehr stark gebundenen Menschen, vor allem Funktionären der Kirche zusammen. Unter ihnen sind alle Klassen und Schichten vertreten, besonders aber Angehörige der Intelligenz, Handwerker und Genossenschaftsbauern (Typ I). Um ein besseres Verhältnis mit den Eltern (auch und besonders mit denen, die ihre Kinder bereits angemeldet haben) herzustellen, führen wir z. Zt. Rechenschaftslegungen der Jugendstundenleiter vor den Eltern durch. Diese Zusammenkünfte werden von den Eltern sehr begrüßt.

Quelle: Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. P 13 SED-BL Magdeburg, Nr. IV/2/9.02/11, Bl. 227, 228 (Auszug)

UNTERRICHTSSEQUENZ 2

Abschrift. 12

Rat der Stadt Magdeburg
Abt. Volksbildung
Kreiskommission für die
Aufnahme von Schülern in
die Mittel- u. Oberschulen

Magdeburg, den 27. Dezember 1957

Herrn
Dr. Erich Holdefleiß
M a g d e b u r g .
Jm Mittelfelde 6

Betr.: Aufnahme Ihres Sohnes Rainer in eine Mittelschule.
Bezug: Ihr schriftlicher Einspruch vom 9.12.57.

Entsprechend den Richtlinien des Ministeriums für Volksbildung vom 12.12.1956 und 1.12.1956 für die Aufnahme von Schülern in die Mittel- und Oberschulen hat die Kreiskommission Ihren Einspruch gegen den ablehnenden Bescheid der Aufnahme-kommission der Thomas-Müntzer-Mittelschule geprüft und am 20.12.57 in Ihrer Anwesenheit beraten.

Obwohl der Aufbau der Mittelschulen in Magdeburg in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat, ist es zurzeit noch nicht möglich, die erfreulich große Zahl der Anträge zum Besuch einer Mittelschule restlos zu berücksichtigen. Die Kreiskommission sah sich daher gezwungen, auf der Grundlage der in der Anweisung vom 1.12.56 genannten Bedingungen für die Aufnahme von Schülern in die Mittel- und Oberschulen eine Auswahl zu treffen. Diese Bedingungen sind:
guter Leistungsdurchschnitt,
aktive gesellschaftl. Arbeit,
einwandfreies Verhalten.

Die von Ihnen nachgewiesene Leistungssteigerung Ihres Sohnes, ebenso das von der Schule angeführte gute Verhalten dürften zwar den Anforderungen, die an einen Mittelschüler gestellt werden, genügen. Nicht ausreichend erscheint jedoch der Kreiskommission die gesellschaftliche Mitarbeit Ihres Sohnes. Wenn er auch an Arbeiten innerhalb des Klassenverbandes teilnimmt, so fehlt doch die Mitarbeit an Veranstaltungen und Unternehmungen, in denen eine zustimmende Haltung zum sozialistischen Aufbau unseres Staates zum Ausdruck kommt. Dadurch entzieht er sich erzieherischen Einwirkungen, die gerade im Zeichen der sozialistischen Erziehung unserer Kinder von besonderer Wichtigkeit sind.

Aus diesem Grunde kann die Kreiskommission eine Zulassung zur Mittelschule nicht aussprechen. Sie empfiehlt Ihnen vielmehr, Ihren Sohn der praktischen Arbeit auf dem von ihm gewünschten Gebiete der Landwirtschaft zuzuführen. Bei entsprechender Bewährung wird sich für ihn sicher die Möglichkeit ergeben, das angestrebte oder ein ihm verwandtes Berufsziel auch auf dem Wege über die Praxis zu erreichen.

Die Entscheidung der Kreiskommission als der letzten Instanz ist endgültig.

gez. E r w e r t h
Vorsitzender der Kreiskommission
f.d. Aufnahme von Mittel-u. Oberschülern

- M 2.5 Die abgelehnte Aufnahme eines Schülers in die Mittelschule
Quelle: Stadtarchiv Magdeburg, Rep. 41/311 (veröffentlicht in: Dr. E. Raschke, Meine Flucht 1964 aus der DDR in den Westen, Betroffene erinnern sich 12, LStU 2000)